

Na, Mahlzeit!

16. Oktober: Internationaler Anti-McDonalds-Aktionstag

Weltweite Aktionen gegen den Fast-Food-Multi,... Was an diesem weltweiten Aktionstag wirklich alles passiert ist, können wir leider noch nicht berichten. Das nächste TATblatt weiß da

bestimmt schon mehr. Diesmal bringen wir eine Dokumentation dessen, was die AktivistInnen — auch in Österreich — zum Handeln bewegt hatte. Auf Seite 8.

Außerdem:

**Zivildienst-Aktionstag
am 19. Oktober**
Seite 2

**Die soziale Lage in
Österreich**
Seite 4

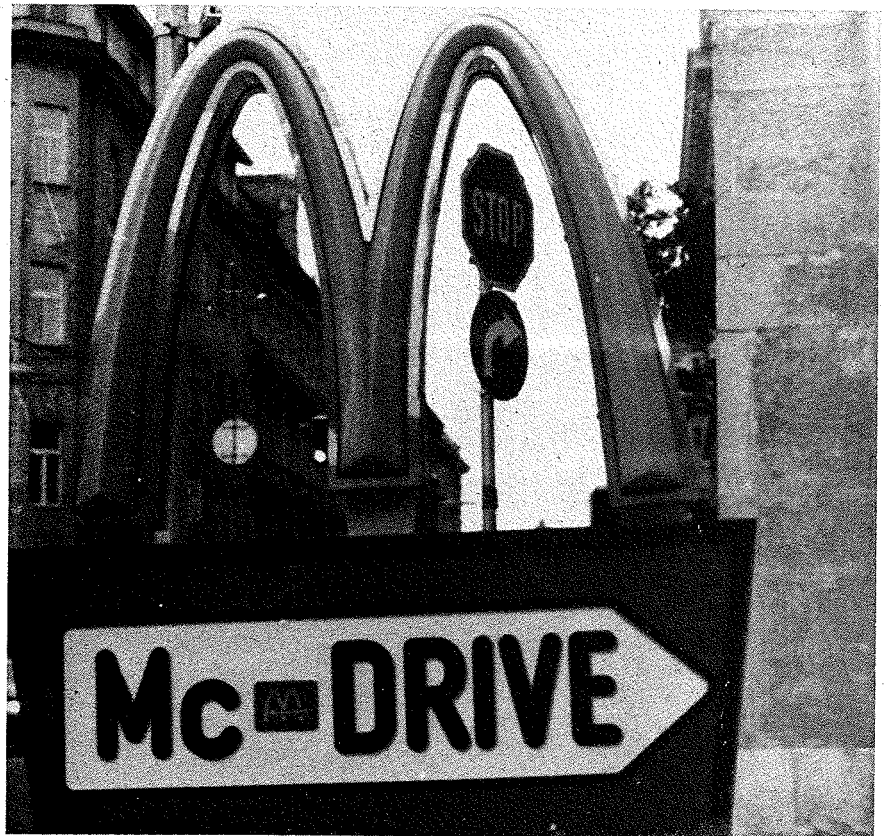
**Flüchtlingspensionen im
Burgenland**
»Wie kleine Kinder?«
Seite 11

**Die Unterdrückung der
Sinti und Roma in der
BRD**
Seite 15

**Der FI-Schalter im Haus
ersetzt den Totengräber**
Seite 18

**Mathias N. auf dem Weg
ganz wichtige Sachen zu
besorgen**
2. Teil des TATblatt-Fortsetzungskri-
mis »Hoppala«
Seite 19

Impressum Seite 24



»Sonde, Mond und Sterne, Plutonium hab ich gar nicht gerne«

Trotz heftiger Proteste amerikanischer Umweltschutz-Organisationen hat US-Präsident George Bush den Start der Raumfähre "Atlantis" genehmigt. Sie soll die mit mehr als 20kg Plutonium betriebene Raumsonde "Galileo" in die Erdumlaufbahn setzen.

(TATblatt-Wien)

Galileo sollte am 12.10. starten. Aus diesem Anlaß organisierten die Linzer "Mütter gegen Atomgefahren" eine Kundgebung vor der US-Botschaft in Wien, um all jene WissenschaftlerInnen und Um-

weltschutzgruppen zu unterstützen, die auf gerichtlichem Weg den Start verhindern wollten — Bush genehmigte den Start, parallel dazu wurde die Klage abgewiesen, der Start jedoch wegen eines angeblichen Computerfehlers verschoben.

Fortsetzung Seite 14

Platz des Ungehorsams

Zivildienertag am 19.10.1989

(TATblatt-Wien;
Gruppe Zivildienervertretung)

Am 19. Oktober soll der Wiener Heldenplatz in »Platz des Ungehorsams« umbenannt und umgewidmet werden. Einen solchen Antrag stellte zumindestens die »Gruppe Zivildienervertretung« im Wiener Rathaus. Das Ganze natürlich verbunden mit viel weitgehenderen Forderungen bzw. Erklärungen, die da sind:

Punkt 1:

Bei zivilen Katastrophen (Natur- und Umweltkatastrophen, technische Großereignisse, Epidemien,...) werden wir unsere Pflicht zum außerordentlichen Zivildienst nachkommen, vorausgesetzt, die Koordination dieses Einsatzes erfolgt von einem personell, räumlich und organisatorisch vom Militär strikt getrennten zivilen Krisenmanagement

Punkt 2:

Wir lehnen es ab, innerhalb der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) als unterstützende Plangröße diverser Heereskonzepte mißbraucht zu werden und fordern daher die Ausgliederung des Zivildienstes aus der ULV.

Punkt 3:

Wir verwehren uns gegen jegliche Einsätze, die geeignet sind, gezielte Gewaltanwendungen zu ermöglichen oder auch nur zu begünstigen. Daher werden wir im Krisen-, Neutralitäts-, Verteidigungs- oder Bürgerkriegsfall sowie bei innerstaatlichen Konflikten den außerordentlichen Zivildienst verweigern. Konsequenterweise fordern wir die Abschaffung der entsprechenden Bestimmungen des Zivildienstgesetzes.

Punkt 4:

Um Krisensituationen laut Punkt 3 erst gar nicht entstehen zu lassen, treten wir für eine aktive Friedenspolitik, intensive Informations- und Bildungsarbeit sowie soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit ein.

Punkt 5:

Wir fordern Sie als zuständigen Bundesminister auf, für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit für den Zivildienst zu sorgen, und insbesondere die gesetzliche Verankerung einer der Heeresberatung gleichwertigen Zivildienstberatung in Schulen zu schaffen.

Punkt 6:

Wir wenden uns gegen die in der letzten Zivildienstgesetzesnovelle festgelegte Einschränkung der Zivildienstträgerorganisationen auf die Bereiche der ULV und der sozialen Hilfsdienste, und fordern zusätzliche friedenspolitische, menschenrechtsfördernde, völkerverbindende, soziale und umweltpolitische Trägerorganisationen für Zivildienertag.

Punkt 7:

Wir fordern die ersatzlose Abschaffung der Zivildienstkommission, sowie die Anerkennung des Zivildienstes als echten Alternativdienst.

Punkt 8:

Wir sprechen uns entschieden gegen alle Bestrebungen zur Verlängerung des ordentlichen Zivildienstes sowie des Präsenzdienstes aus.

Punkt 9:

Für den Grundlehrgang fordern wir folgende Veränderungen:

—Erweiterung der Lehrblöcke 2 und 3 (Politische Bildung bzw. Gewaltfreier Widerstand **außerhalb** der ULV)

—Zusammenfassung und Kürzung der Lehrblöcke 5 und 6 (Zivilschutz bzw. Technische Hilfeleistung)

Punkt 10:

Wir fordern daher eine gesetzlich verankerte Vertretung der Zivildienertag, die gegenüber den Trägerorganisationen betriebsratsähnliche Funktion wahrnimmt. Darüber hinaus ist eine bundesweite Vertretung einzurichten, die von den Zivildienern des Grundlehrganges gegen Ende des

Grundlehrganges gewählt wird.

Eine angemeldete Kundgebung beginnt am 19. Oktober um 9 Uhr beim Heldenplatz, in Rahmen dessen die Umbenennung des Platzes erfolgen soll (mutmaßlich auch bar jeder gemeindlicher Genehmigung)

Um 9.30 Uhr soll eine spektakuläre symbolische Aktion stattfinden, und um 10 Uhr beginnt ein buntes Programm mit KünstlerInnen und PolitikerInnen, nämlich: Peter Pilz, Peter Kreisky und Johannes Voggenhuber; für die »Abteilung Lustig/Böse«: Josef Hader, Richard Weihs, Franz Hütterer, Thomas Maurer.

Kontakte:

Gruppe Zivildienervertretung
c/o ARGE f. Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit;
1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59;
Telefon: (0222) 63 80 653

Erklärung

Wir danken für die Veröffentlichung unseres Artikels »Einkauf ohne Schmerz« im letzten TATblatt.

Da es aber durch die von Euch gewählte Schlagzeile »Hungerstreik...« bzw. durch das Foto leicht zu Verwechslungen kommen könnte, bitten wir euch, in der kommenden Nummer folgende Anmerkung zu veröffentlichen:

Um Mißverständnisse zu vermeiden, weisen wir darauf hin, daß die »Bürgerinitiative gegen Tierversuche« (Einkaufsliste) nicht identisch ist mit der hungerstreikenden Aktionsgemeinschaft »Recht für Tiere«

Dieser Fehler ist unüberdachterweise beim Layout passiert. T'schuldigung, die LayouterInnen.

Zivildienst aktiv... Was bisher geschah

(Zivildienstvertretung)

Im Februar 89 formulierten Teilnehmer des Grundlehrganges ASB 21 ein Schreiben an Innenminister Löschnak, das die dringendsten Anliegen der Zivildienstler in einem 10-Punkte-Programm zusammenfaßt. Angesprochen sind darin die von den Zivildienstleistern als besonders problemat-

sich empfundene Einbindung insbesondere des außerordentlichen Zivildienstes in die Umfassende Landesverteidigung, die durch die letzte ZDG-Novelle festgelegte Einschränkung der Trägerorganisationen, die Forderung nach ersatzloser Abschaffung der Zivildienstkommission sowie nach einer bundesweiten politischen Zivildienst-

vertretung. Letztere soll die Interessen wahrnehmen und in Zukunft bei allen, den Zivildienst betreffenden Gesetzesänderungen mitwirken.

Dieser Forderungskatalog wurde im Februar von 155 Zivildienstleistern, das entspricht etwa 80% der Grundlehrgangsteilnehmer, unterzeichnet. In der Folge er-

wirkten die Zivildienstler anlässlich der Überreichung des Briefes bzw. der Unterschriftenlisten bei Minister Löschnak einen einstündigen Gesprächstermin. Die sechsköpfige Delegation, der auch ein Totalverweigerer sowie ein Linzer Zivildienstler angehört, kann mit dem Minister bzw. zwei leitenden Beamten folgende Themen diskutieren:

- 1.) Zivildienst und ULV,
- 2.) Öffentlichkeitsarbeit,
- 3.) Einrichtung einer Zivildienstvertretung.

Gesprächsbereit zeigt sich Löschnak bei den Punkten 2 und 3, beim Problemkreis ULV ist

unter Hinweis auf die politische (Un)umsetzbarkeit diesbezüglicher Forderungen nicht mehr als eine Darstellung des Standpunktes seitens der Zivildienstler möglich gewesen.

Im Juni führten alle fünf Wiener Grundlehrgänge Vertreterwahlen durch, die 10-Punkte-Forderung wurde wiederum von 80 % der Zivildienstler unterschrieben. Zivildienst als Ersatzdienst? Daß damit nichts anderes mehr gemeint ist als die für den Kriegsfall geplante Ersetzung der vom Heer abgezogenen Arbeitskräfte durch Zivildienstler, das wird Vielen im Lauf des Grundlehrganges bewußt. Um den angestauten Unmut über das »Planspiel« — weiteres Anzeichen einer kontinuierlichen Demontage des Zivildienstes — zu demonstrieren und den 10-Punkte-Forderungen Nachdruck zu verleihen boykottieren 65 Zivildienstler die Abschlußübung am 28. Juni. Das durchaus beachtliche Medienecho dürfte den Bemühungen um einen weiteren Termin bei Minister Löschnak (nunmehr für den 26. 9. festgesetzt) förderlich gewesen zu sein. Die von den Grundlehrgangsleitern zur Anzeige gebrachten Zivildienstler wurden vom zuständigen Bezirksgericht lediglich mit einer Ermahnung bedacht.



Uni Wien: Proteste gegen soziale Verschärfungen

(TATblatt-Wien)

Seit dem 1. September 1989 können nur mehr jene Personen Befreiung von der Telefongrundgebühr fordern, die Mittel aus der öffentlichen Hand, wie Arbeitslose, Stipendium, oder aus privaten Fonds beziehen. Im Gegenzug wurden die Gebühren für Autotelefone von öS 1.800,— auf öS 900,— reduziert; Gebühren für Modems fallen ganz weg.

Zudem halten Verfassungsjuristen diese Novelle des Fernmeldegebührengesetzes für verfassungswidrig.

Die Studentinnen und Studenten wehren sich jetzt: Nachdem nicht alle Studierenden, die sozial bedürftig sind, auch ein Stipendium bekommen (ganze fünf Prozent der StudentInnen beziehen ein Stipendium), bedeutet diese Maßnahme eine deutliche soziale Verschärfung. Während mehrere Fakultätsvertretungen Aktionen setzen und die Studierenden mobilisieren

wollen, beharrt der konservativ besetzte Hauptausschuß an der Uni Wien darauf, mit einer Verfassungsklage, Briefen an Abgeordnete und einer Petition an das Parlament die Situation ändern zu wollen.

Das Rundfunkamt bestätigte in einem Telefonat (sic!), daß bei Vorlage einer Bestätigung über den Erhalt von Mitteln aus dem ÖH-Sozialfonds Gebührenbefreiungen erteilt würden. In weiterer Folge entstand der Vorschlag, StudentInnen auf Verlangen öS 1,— aus dem ÖH-Fonds auszuzahlen, um ihnen die Befreiung von der Telefongrundgebühr zu ermöglichen. Bisher scheitert diese Variante (die allenfalls eine vorläufige Lösung sein kann) aber an der Weigerung des Hauptausschußes. Bis eine Verfassungsklage bzw. eine erneute parlamentarische Behandlung durchgeführt ist, fällt nach der Strategie des Hauptausschußes die Lage sozial schwacher StudentInnen wohl unter den Tisch.

Die soziale Lage in Österreich

(Kontraste; Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik; Nr 21/89
Wien 4, Belvederegasse 10/1)

Der Sozialbericht vermittelt Jahr für Jahr einen Einblick in die soziale Lage Österreichs. Im folgenden eine Zusammenfassung der wichtigsten Daten zur Einkommens- und Arbeitsmarktsituation in Österreich.

EINKOMMENSVERTEILUNG:

UnternehmerIn sein zahlt sich aus

1988 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 4,2 Prozent. Es lag damit weit über dem langjährigen Durchschnitt (1976-1988: 2,2 Prozent) und verzeichnete die höchste prozentuelle Zunahme seit 1979. Von diesem Wachstumsschub konnten vor allem die Einkünfte aus Besitz und Unternehmung profitieren: sie stiegen sprunghaft um brutto 12, und um netto gar um 14,3 Prozent. Die Brutto-Entgelte für unselbstständige Arbeit hingegen blieben mit einer Steigerung von 3,4 Prozent weit unter dem langjährigen Durchschnitt (1976-1988: 6,4 Prozent). Das weit überdurchschnittliche Ansteigen der Nicht-Lohneinkommen bewirkte einen drastischen Rückgang der Lohnquote (Anteil aus unselbstständiger Arbeit am Volkseinkommen) von 72,8 (1987) auf 71 Prozent. Sie befindet sich damit auf dem niedrigsten Stand innerhalb der letzten 15 Jahre. Wird die Lohnquote um den "Beschäftigungseffekt" (Veränderung der Beschäftigungsstruktur zugunsten der Unselbstständigen) bereinigt, zeigt sich ein noch stärkerer Rückgang gegenüber 1987 (2 Prozentpunkte).

ARBEITSMARKT:

Von Vollbeschäftigung keine Spur

1988 ging die Arbeitslosenrate um 0,3 Prozentpunkte auf 5,3 Prozent zurück. Die Rate ist aber bei Frauen und ausländischen ArbeitnehmerInnen nach wie vor hoch:

bei den Frauen 0,9 Prozent. Der Sozialbericht zeigt, daß Arbeitslosigkeit und Ausbildung eng zusammenhängen. 1988 hatte fast die Hälfte aller vorgemerkten Arbeitslosen nur einen Pflichtschulabschluß, knapp 38 Prozent hatten eine Lehre oder eine Meisterprüfung absolviert, während 5,9 Prozent eine mittlere, 5,5 Prozent eine höhere und 2,5 Prozent eine universitäre Ausbildung hatten. Bemerkenswert ist aber, daß es bei den niedrigeren Ausbildungsniveaus zu einem Rückgang und bei höheren zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit kam. Die stärksten Rückgänge gab es bei PflichtschulabsolventInnen, die stärksten Zunahmen hingegen bei Personen mit universitärer Ausbildung. Knapp 30 Prozent aller vorgemerkten Arbeitslosen waren in Saisonberufen beschäftigt. Besonders hoch ist der Anteil auch in Bau- und Büroberufen sowie Hilfsberufen aller Art. In der Reihung der Bundesländer ergibt sich ein deutliches Ost/West-Gefälle. An der Spitze liegt Burgenland mit 7,9 Prozent, gefolgt von Kärnten (7,7 Prozent) und der Steiermark (6,5 Prozent). Danach folgen Wien (5,5 Prozent) und Niederösterreich (5,4 Prozent). Die Werte der übrigen Bundesländer liegen zum Teil erheb-

lich unter dem österreichischen Durchschnitt. Problem Langzeitarbeitslosigkeit: Im Jahr 1988 bezogen etwa 80.000 Personen länger als 6 Monate Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe. Der durchschnittliche Jahresbestand an Langzeitarbeitslosen hat sich damit gegenüber 1987 um 3,4 Prozent verringert. Dieser Rückgang stellt seit dem Beschäftigungsschock zu Beginn der achtziger Jahre die erste Entlastungsphase für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen dar. Die Zahl der von der Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen sank am stärksten in den Risikogruppen der unter 24- und über 55-jährigen sowie in den Bundesländern Salzburg, Tirol und Vorarlberg und in Saisonberufen. Frauen konnten von der Entlastung allerdings weniger profitieren als Männer.

Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit (Leistungsbezieher)	in Tagen				
	1984	1985	1986	1987	1988
Männer	106,3	103,7	104,3	108,5	106,4
Frauen	112,1	112,8	115,3	121,1	119,2
Alle Personen	108,4	107,1	108,5	113,3	111,5
Angestellte	122,1	122,0	124,2	130,6	130,2
Arbeiter	104,7	102,9	103,8	108,0	105,3
Unter 18	61,3	61,2	60,2	62,4	59,9
19-24	86,5	85,3	86,1	89,6	84,8
25-29	106,0	105,1	106,8	111,2	108,0
30-39	116,4	115,2	116,6	121,6	119,0
40-49	126,3	125,4	126,8	132,5	132,9
50-54	136,2	133,6	136,4	140,6	142,1
55-59	137,8	135,2	135,2	138,8	138,7
über 60	120,3	120,2	133,9	136,6	139,9
Inländer	108,8	108,5	110,1	114,9	113,3
Ausländer	89,0	86,6	84,5	90,3	84,7

Quelle: IWS-Arbeitslos, Stand März 1989

Entwicklung der Arbeitslosenrate

	insg.	1987/88		Veränderung 1987/88		
		Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen
Inländer	5,3	5,0	5,7	-0,2	-0,4	-0,1
Ausländer	6,2	7,0	5,0	-0,3	-0,4	-0,1
Insgesamt	5,3	5,1	5,6	-0,3	-0,4	-0,1

Bei den Arbeitsämtern vorgemerkt waren im Jahresdurchschnitt 158.631 Arbeitslose — davon 57 Prozent Männer und 43 Prozent Frauen. Der Ausländeranteil machte 6,3 Prozent aus. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen ging um 3,5 Prozent zurück: bei den Männern 5,5 und

bei den Frauen 0,9 Prozent. Der Sozialbericht zeigt, daß Arbeitslosigkeit und Ausbildung eng zusammenhängen. 1988 hatte fast die Hälfte aller vorgemerkten Arbeitslosen nur einen Pflichtschulabschluß, knapp 38 Prozent hatten eine Lehre oder eine Meisterprüfung absolviert, während 5,9 Prozent eine mittlere, 5,5 Prozent eine höhere und 2,5 Prozent eine universitäre Ausbildung hatten. Bemerkenswert ist aber, daß es bei den niedrigeren Ausbildungsniveaus zu einem Rückgang und bei höheren zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit kam. Die stärksten Rückgänge gab es bei PflichtschulabsolventInnen, die stärksten Zunahmen hingegen bei Personen mit universitärer Ausbildung. Knapp 30 Prozent aller vorgemerkten Arbeitslosen waren in Saisonberufen beschäftigt. Besonders hoch ist der Anteil auch in Bau- und Büroberufen sowie Hilfsberufen aller Art. In der Reihung der Bundesländer ergibt sich ein deutliches Ost/West-Gefälle. An der Spitze liegt Burgenland mit 7,9 Prozent, gefolgt von Kärnten (7,7 Prozent) und der Steiermark (6,5 Prozent). Danach folgen Wien (5,5 Prozent) und Niederösterreich (5,4 Prozent). Die Werte der übrigen Bundesländer liegen zum Teil erheb-

lich unter dem österreichischen Durchschnitt.

Problem Langzeitarbeitslosigkeit: Im Jahr 1988 bezogen etwa 80.000 Personen länger als 6 Monate Arbeitslosengeld

oder Notstandshilfe. Der durchschnittliche Jahresbestand an Langzeitarbeitslosen hat sich damit gegenüber 1987 um 3,4 Prozent verringert. Dieser Rückgang stellt seit dem Beschäftigungsschock zu Beginn der achtziger Jahre die erste Entlastungsphase für

Wie aus der obrigen Tabelle ersichtlich ist, ist auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Mit 111,5 Tagen lag sie zwar um knapp 2 Tage unter dem Vorjahrswert, aber immerhin noch deutlich über dem Wert des Jahres 1986. Aus der Tabelle geht aber auch hervor, daß Frauen generell länger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Männer. Ebenso zeigt sich, daß mit steigendem Alter die Dauer weiterhin zunimmt.

Erhebliche Leistungsunterschiede zwischen Männern und Frauen: 1988 betrug das mittlere Arbeitslosengeld für Frauen 4.816 Schilling für Männer 7.085 Schilling

Mindestlohn in ausgewählten Ländern

	in Schilling
Osterreich ¹⁾	7.670
Belgien	11.390
Frankreich	10.140
Luxemburg	9.590

¹⁾Mit der Annahme eines Mindestlohns von 38 Schilling/Stunde 173 Stunden und auf 12 Monate umgerechnet mal 14/12

Quelle: WISO 2/1989, Juli 1989

Der "kleine Unterschied" beim Lohn

Frauenlöhne in Prozent der Männerlöhne in der Industrie 1986/87

Osterreich	67 Prozent ¹⁾
Großbritannien	70 Prozent
Schweiz	71 Prozent
BRD	73 Prozent
Belgien	74 Prozent
Niederlande	74 Prozent
Frankreich	81 Prozent
Italien	84 Prozent
Norwegen	84 Prozent
Dänemark	86 Prozent
Schweden	90 Prozent

¹⁾Hier handelte es sich um einen internationalen Vergleichswert, der daher auch von den im Text angegebenen Werten abweicht.

Quelle: Globus 7385, in: WISO 2/1989, Juli 1989

für die 15 — 18jährigen 3.308 Schilling
für die 19 — 24jährigen 5.071 Schilling
der mittlere Notstandshilfebezug lag deutlich niedriger:

Frauen 4.169 Schilling
Männer 5.608 Schilling
15 — 18jährige 1.630 Schilling
19 — 24jährige 4.075 Schilling
Bezüge unter 5000 Schilling hatten 1988:

- rund ein Drittel aller ArbeitslosengeldbezieherInnen
- 40 Prozent der männlichen Notstandshilfebezieher
- knapp 70 Prozent der weiblichen Notstandshilfebezieherinnen
- 80 Prozent der 19 — 24jährigen NotstandshilfebezieherInnen
- fast 60 Prozent der NotstandshilfebezieherInnen
- fast 90 Prozent der 15 — 18jährigen ArbeitslosengeldbezieherInnen

AKTIVEINKOMMEN:

Männer verdienen um 44 Prozent mehr
Nach dem Mikrozensus vom September 1987 verfügten unselbstständige Erwerbstätige (ohne Lehrlinge) über ein mittleres Netto-Einkommen (einschließlich Familienbeihilfe) von 10.480 Schilling. Während Männer im Durchschnitt 12.100

Schilling zur Verfügung hatten, belief sich das durchschnittliche Netto-Einkommen der Frauen auf 8.410 Schilling. Damit verdienten Männer um 44 Prozent mehr als Frauen. Der Einkommensvorsprung der männlichen ArbeiterInnen betrug 56 Prozent, bei den Angestellten sogar 71 Prozent. Am günstigsten sieht die Situation bei den öffentlich Bediensteten aus: Männer verdienen hier "nur" um 26 Prozent mehr als ihre Kolleginnen. Das mittlere Netto-Einkommen der ArbeiterInnen betrug 1987 9.740 Schilling (Frauen 7.080 Schilling, Männer 11.080 Schilling); das der Angestellten 10.650 Schilling (Frauen 8.830, Männer 15.120 Schilling); und das der öffentlich Bediensteten 11.830 Schilling (Frauen 10.050, Männer 12.820 Schilling). Rechnet man/frau diese Einkommen auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden um (um damit den Einfluß unterschiedlicher Arbeitszeiten auszuschließen) und klammert man/frau Transfereinkommen

(Familienbeihilfe) und AlleinverdienerInnen- bzw. AlleinhalterInnenabsetzbeträge aus, so lag das standardisierte mittlere Netto-Personeneinkommen 1987 bei 9.970 Schilling. Männer kamen mit 10.770 Schilling um 23 Prozent besser weg als Frauen (8.780 Schilling). Grundsätzlich läßt sich sagen, daß fast ein Fünftel der Frauen, hingegen nur jeder zwanzigste Mann, weniger verdient als 6.640 Schilling netto/Monat. Ausländische ArbeiterInnen wiederum verdienen im Durchschnitt um 12 bis 16 Prozent weniger als ihre österreichischen KollegInnen. Jugoslawische ArbeiterInnen verdienen besser als ihre KollegInnen aus der Türkei: Während das standardisierte mittlere Netto-Einkommen der JugoslawInnen bei 8.040 Schilling lag und damit um 12 Prozent unter dem InländerInnen-Durchschnitt, verfügten türkische ArbeiterInnen mit

7.700 Schilling über ein um 16 Prozent niedrigeres Monatseinkommen. Ein Blick ins Ausland zeigt, daß die Einkommen in Österreich im Verhältnis niedriger und die Unterschiede zwischen den Einkommen von Männern und Frauen größer sind als in vergleichbaren europäischen Ländern.

PENSIONEN:

Privilegierte BeamtInnen — niedrige ASVG-Pensionen

Die durchschnittliche Alterspension eines/r ASVG-Versicherten liegt bei rund 8.400 Schilling. Wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, liegen die Ruhegehälter der BeamtInnen beträchtlich über diesem Wert.

Nach den Berechnungen des Sozialministeriums machte die durchschnittliche Alterspension der ArbeiterInnen 6.591 Schilling aus (Frauen 4.770, Männer 9.097), die der Angestellten 10.321 Schilling (Frauen 8.269, Männer 13.212). 60 Prozent der Frauen bezogen eine Pension von unter 7.600 Schilling. An der Spitze der Einkommenshierarchie der PensionistInnen stehen die BeamtInnen: Sie beziehen 80 Prozent ihres letzten Verdienstes als "Ruhegehalt". Die Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit betragen im Durchschnitt 6.900 Schilling, die Witwen/Witwerpensionen beliefen sich auf 4.888 Schilling. Die Pensionsmisere zeigt sich besonders deutlich bei den Ausgleichszulagen: 1988 bezogen im Jahresdurchschnitt 15,4 Prozent aller PensionsbezieherInnen eine Ausgleichszulage — das sind

Durchschnittliche Ruhegehaltbezüge der öffentlich Bediensteten des Bundes (in Schilling)

	Männer	Frauen	Insgesamt
Gehaltsgesetz			
Allgemeine Verwaltung	23.303	16.690	21.623
Handwerker	12.664	9.972	12.364
Richter/Staatsanwälte	47.594	35.434	47.442
Hochschullehrer	53.622	40.606	52.257
Lehrer	36.474	30.675	34.098
Schulaufsicht	40.726	40.232	40.679
Nachebeante	18.724	13.663	18.686
Offiziere	30.383		
ÖBB			16.473
Post	16.064	14.092	15.561
Bundestheater			
technisches Personal	16.951	13.690	16.116
künstlerisches Personal	31.039	24.369	28.142
Sonstige Rechtsvorschriften	14.063	6.910	10.175

Quelle: Personalinformationssystem des Bundes; PSI der ÖBB; Generaldirektion Post- und Telegrafverwaltung

8, 7, 6, 5, 4, 3, 2, 1,...

Von der Einstellung des 8ers

(TATblatt-Wien)

Am 7. Oktober würde nun also tatsächlich nach jahrelangen Vorarbeiten die Stadtbahn-Gürtellinie in U6 umbenannt und zur Philadelphiabrücke verlängert. Gleichzeitig wurde die Straßenbahnlinie 8 eingestellt, was in den letzten Monaten Gegenstand zahlreicher Aktionen und Proteste war.

Das Vorhaben der Verkehrsbetriebe, die Einstellung durch sofortiges Rausreißen von Teilen der Gleisanlagen zu besiegeln, wurde in letzter Minute doch abge-

Fortsetzung von Seite 5:

260.000 Personen. 17,4 Prozent der pensionierten ArbeiterInnen, 2,7 Prozent der Angestellten und fast 34 Prozent der Bauern/Bäuerinnen waren auf diese Zulage angewiesen. Ein weiteres wichtiges Detail: Während nur bei jeder 11. Alterspension eine Ausgleichszulage gewährt wird, fällt sie bei jeder 4. Witwenpension an! Die Zahl der Hilflosenzuschüsse belief sich im vergangenen Jahr auf 235.000. Auch hier liegen die Bauern/Bäuerinnen mit 19,4 Prozent an der Spitze (ArbeiterInnen 14,8, Angestellte 9 Prozent). Bei jeder 5. Witwenpension wurde ein Hilflosenzuschuß gewährt — der Anteil bei den Alterspensionen beträgt 10 Prozent.

AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

Aktion 8000

1988 wurden insgesamt 2725 Personen über die Aktion 8000 gefördert — um 300 weniger als im Vorjahr und um 1700 weniger als 1986. Gesunken ist auch die Fördersumme. Dennoch entfielen 1988 mehr Mittel auf jede geförderte Person als im Jahr davor.

Aktion 8000	1984	1985	1986	1987	1988
Personen	779	2176	4425	3062	2725
Fördersumme (in Mill. 6S)	485	225	520	346	341
Fördersumme pro Person (in Tausend 6S)	62	103	118	113	125

Quelle: Bericht über die soziale Lage, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wien 1989; Statistische Nachrichten 8 und 9/1989; WISO 2/1989

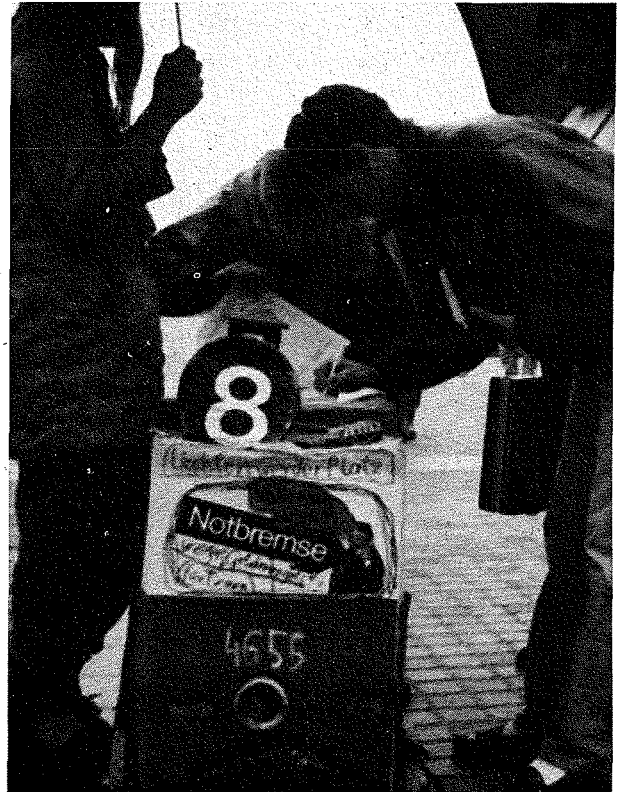
blasen. Dies bedeutet somit eine neue Chance für die laufende Unterschriftensammlung zur Erreichung einer Volksbefragung über den Beibehalt des 8ers. Von erforderlichen 56.000 Unterschriften sind bereits über 50.000 gesammelt (Listen gibt's bei »Fahrgast«; 1060 Wien, Magdalenenstraße 13/1/2).

Die zumindest einstweilige Einstellung des 8ers ging aber keineswegs so sang- und klanglos über die Bühne, wie es sich die Gemeindeväter wohl gewünscht haben. Die Polizei hatte schon ihre gewissen Probleme, die ziemlich verstreuten Gruppen von EinstellungsgegnerInnen unter Kontrolle zu haben. Sprechchöre waren ausgeklammerte Aspekte in die Eröffnungsansprachen ein, schwarzgekleidete Grüne tragen einen achterförmigen Kranz herum,

ein stofferner 8er mit AktivistInnen darin, zog durchs Festgelände und die Meidlinger Hauptstraße (wo die Geschäftsleute die Verbannung der Bim aus ihrer Straße feierten), und ein Pappendeckel-8er sammelte Unterschriften und verkaufte Getränke.

Es mag wohl das festliche Bild ein klein wenig getrübt haben, daß zahlreiche Festgäste, unter ihnen unzählige uniformierte Verkehrsbetriebler, nach Beendigung des Festaktes sich regelrecht angestellt haben, um für den 8er unterschreiben zu können.

Gegen Mittag verlagerten sich die Aktionen und Unterschriftensammlung in die letzten Züge der Linie 8. (Die Linie wurde entgegen den Zeitangaben im TATblatt, die auf einen Tippfehler — ähem — zurückzuführen sind, erst gegen 14 Uhr eingestellt). Transparentbehängene Garnituren fuhren solange den Gürtel entlang, bis die brisanten Stoffe endlich von zum Letzten entschlossenen »Schwarzkapplern« (keine AnarchistIn-



nen nicht, sondern uniformierte Kontrollorgane der Wiener Stadtwerke / Verkehrsbetriebe), mit hochrot zürnenden Kopf hektisch heruntergerissen wurden. Eine Transparentrückholaktion mußte aufgrund nachrückender Polizisten unterbleiben. Die entfernten Transparente trugen so zündende Losungen, wie »8«. Ein anderes gar: »8 (eingeringelt, Anm d Tippers), 7, 6, 5, 4, 3, 2, 1,« und schließlich ein kleines Bömbchen anstelle des Nullers. Das tatkräftige Eingreifen der Schwarzkappler konnte aber zum Glück das Schlimmste verhindern (der Eine war übrigens jener dicke Schwarzkappler mit den braunen Brillen, der bei allen Demos immer als Aufpasser der WStW/VB mitgeht).

Schlußendlich konnte, quasi als Abschluß eines gewissermaßen irrsinnig unvorbereiteten Aktionstags, das Einziehen der letzten 8er-Garnitur in die Remise durch eine kurzfristige Zug-Besetzung um (mindestens) 10 Minuten hinausgezögert werden. Rasch auftauchende Polizei und gut zuredende, weil heimgehen wollende Verkehrsbetriebler, nebst Personalien aufnehmender Staatspolizisten, bewogen schließlich zum raschen »Aufgeben«, vorläufig halt mal.

(Wir kommen wieder — wir kämpfen weiter; Anm d Korrekturleserin)

Dokumentation: "Kotzen mit Spaß"

Internationaler Anti-McDonalds-Tag

Dieses Flugblatt wurde am 16. Oktober vor McDonalds-Filialen ausgeteilt

(M. Nowak)

McDonalds, der 1955 gegründete Multinationale Konzern, besitzt heute etwa 11.000 Junk-Food-Restaurants weltweit. Alle 17 Stunden wird ein neues eröffnet. Der Umsatz ist enorm, in Österreich betrug er für 1988 500 Millionen Schilling.

McDonalds, ein Name, der sowohl für Salmonellen und Magengeschwüre, als auch für die Abholzung des Regenwaldes, Verelendung der sog. 3. Welt und mieseste Arbeitsbedingungen und Müllberge steht.

Am 16. Oktober ist weltweiter Anti-McDonalds-Tag, weil der Kapitalismus nicht anonym ist, sondern Namen und Adressen aufweist — unter anderem in 25 Filialen des Schlächters McDonalds in Österreich ...

Was haben wir gegen den freundlichen Onkel und seine Fleischlabiner? Wir haben einige Extreme ausgesucht, alle Sauereien hier aufzuzählen, übersteigt den Rahmen sowohl unserer Recherchen als auch dieses Flugis.

In diesem System werden ständig Leute ohne Wimpernzucken massakriert, verwertet oder eben vergiftet, wenn es die Profite steigert

McDonalds ist da weder die Ausnahme noch das Schwarze Schaf, nur ein extremes Beispiel wie man/frau Scheisse zu Gold macht, sprich, wie setzt man/frau krankhafte Ernährung in harte Dollars um?

Die Hamburger der Fast-Food-Kette haben weltweit die gleiche mindere Nährstoff-Qualität, sehen überall gleich aus und schmecken überall gleich — um diesen Effekt zu erreichen, werden etwa allein die umworbene "frischen" Salatblätter mit 12 verschiedenen Chemikalien behandelt, um nach ein paar Stunden an der frischen Luft noch wie Salat auszusehen. Werden die Labrlin nicht unmittelbar nach dem

Kochen gegessen, sind sie ungenießbar (sind sie sowieso, aber Stunden danach noch diesen Müll geschluckt, und der Krankenhausaufenthalt ist Dir sicher!).

Wer öfter zu Junk-Food-Restaurants auf einen Lunch geht, riskiert Herz- und Magenkrankheiten, Brust- und Darmkrebs usw. — von den Pickeln wollen wir gar nicht reden.

Schuld daran sind der reiche Anteil an Fett, Zucker, Natrium und Chemikalien, Hormonen und Antibiotika und das Fehlen von Vitaminen und Mineralien. Sogar ihre eigenen Zahlenangaben bestätigen, daß ein "Viertelpfunder" aus 48% Wasser besteht. Dieser Art verfälschte Nahrung fördert Überfressen, und der hohe Zucker- und Natrium-Gehalt kann eine Art Abhängigkeit — ein Verlangen danach — auslösen. Das bedeutet mehr Profit für McDonalds, aber Verstopfung, Arterienverengungen und Herzinfarkt für viele KundInnen.

McDonalds bevorzugt die Bezeichnung 'Fast Food'. Nicht nur, weil es so schnell wie möglich erzeugt und aufgetischt wird, sondern auch, weil es so schnell wie möglich gegessen werden soll.

Laut einer US-Studie sind die Kinder (40-50% der KundInnen) die häufig Junk-food zu sich nehmen, die reinsten Nervenbündel, weil sie an akutem Vitamin-B1-Mangel leiden — besonders schön sind sie auch nicht, aber darum kümmern sich andere Industriezweige ...

Die Fleischlabiner-Verordnung für Österreich sorgt dafür, daß Faschiertes nur 5%, maximal 7% Fett enthalten darf, was aber nur ein Drittel des bei McDonalds üblichen Fettlaibchens ist. Aber nicht McDonalds mußte sich anpassen, sondern die KonsumentInnen — heute gibt es Kategorie "Hamburger", die davon ausgenommen

ist, und bis 17% Fett enthalten darf... Mahlzeit!

HUNGER UND DOLLARS

-McDonalds ist einer jener Giganten, die riesige Landstriche der armen Länder aufkaufen. Sie werden ihnen von Dollargerigen (oft militärischen) Machthabern und privilegierten Eliten verscherbelt. So werden die kleinen Bauern/Bäuerinnen, die dort die Grundnahrungsmittel für die lokalen Bedürfnisse anbauten, direkt oder indirekt zugunsten von Hybrid-Monokulturen für den Export — als Tierfutter für die Metropolen — verdrängt.

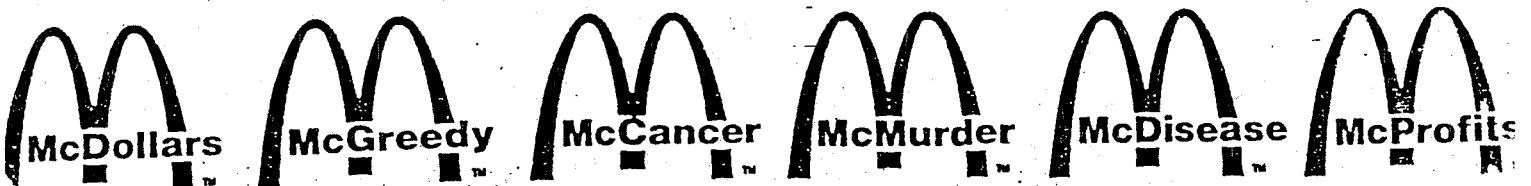
Von den 40 ärmsten Ländern der Welt exportieren 36 Nahrung in die USA — das Reichste. Getreide wird dem Vieh verfüttert, um das Fleisch für McDonalds' Hamburger zu produzieren.

Rinder brauchen 10 mal soviel Getreide und Soja wie Menschen — egal ob sie in Südamerika oder in Österreich gezüchtet werden: Um nur 21 Millionen Tonnen Fleisch und Nebenprodukte zu erhalten, muß man/frau 145 Millionen Tonnen Getreide und Soja verfüttern.

Es werden 124 Millionen Tonnen pro Jahr, im Wert von 20 Milliarden Dollars verschwendet. Man/frau hat errechnet, daß diese Summe ausreichen würde, um für die gesamte Weltbevölkerung Nahrung, Kleidung und Wohnraum zu sichern.

Jedes Jahr werden Regenwälder in der Größe Großbritanniens gerodet, entblättert und verbrannt. Weltweit sind 1 Milliarde Leute vom Wasser, das aus diesen Wäldern abfließt, abhängig.

McDonalds und Burger King sind zwei von vielen US-Unternehmen, die tödliche Gifte zur Zerstörung riesiger zentralamerikanischer Regenwälder einsetzen und



damit Weideland für Rinder schaffen.

Sie brauchen 800 Quadratmeilen Wald, um nur das Papier für ein Jahr herzustellen. Tonnen von diesem Papier 'vermüllen' die Städte der 'entwickelten' Länder — Als die BürgerInnenbewegung in Vorchdorf anfang, gegen die Eröffnung eines McDonalds-Restaurants in ihrer Gemeinde zu protestieren, konnte mensch in der bürgerlichen Presse nachlesen, wie umweltbewußt das Hamburger-Imperium angeblich mit Recycling arbeitet (womit die wahrscheinlich die LaberIn gemeint sind)... Lebt umweltbewußt, frößt Scheisse! In Wahrheit fallen jährlich etwa 35 Tonnen umweltschädigende Wegwerfpackungen pro Filiale an.

Im Amazonas-Gebiet, wo es jetzt ungefähr 100.000 Rinderfarmen gibt, schwimmen die wasserfallartigen Regenfälle das Erdreich durch baumlose Täler. Die nackte, von der tropischen Sonne zusammengebackene Erde wird nutzlos für die Landwirtschaft. Man/Frau schätzt, daß durch diese Zerstörung alle paar Stunden die Existenz zumindest einer Tier-, Pflanzen- oder Insektenart erlischt.

Die riesigen Rinderherden erzeugen massenhaft Scheisse (= Methangas) — sie stehen an 6.Stelle unter den Verursachern des Treibhauseffektes.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß Du, wenn Du in einen Big Mac beißt, der

McDonalds-Großmacht hilfst, diesen Planeten zu zerstören.

McDONALDS — EIN ANDERES WORT FÜR AUSBEUTUNG UND SCHINDEREI

Arbeit bei McDonalds heißt unterbezahlte Fließbandarbeit bei Lärm, mörderischer Hitze, Dunst, unter ständiger, entwürdigender Kontrolle.

McDonalds kommt einer Organisation zuvor, indem gewerkschaftlich orientierte ArbeiterInnen erst gar nicht aufgenommen werden (Fangfragen bei der Einstellung). Außerdem hat McDonalds einen hohen Anteil an ArbeiterInnen, die ethnischen Minderheiten angehören, die sonst wenig Aussichten auf einen anderen Arbeitsplatz haben und befürchten müssen, wie so viele vor ihnen, entlassen zu werden, wenn sie versuchen, sich zu organisieren.

Kein Wunder, daß der jährliche MitarbeiterInnen-Wechsel bei 60% (in den USA ist er 300%) liegt. Es ist nicht ungewöhnlich, daß die Restaurant-ArbeiterInnen nach 4-5 Wochen kündigen.

Die durch Selbstbedienung an sich schon wesentlich geringeren Personalkosten am Umsatz, werden bei McDonalds auf das absolute Minimum reduziert, nämlich auf 20-25% anstatt den üblichen 40% bei herkömmlicher Gastronomie.

Nicht nur, daß den meist Teilzeitbeschäftigten GastarbeiterInnen unverschämte niedrige, extrem unterschiedliche Löhne gezahlt und Nachtarbeit nicht extra abgegolten wird, befindet sich das unter Dauer-Streß stehende Personal auch unter Computer-Kontrolle.

McDonalds kommt der Organisation seiner ArbeiterInnen zuvor, indem er sich gewerkschaftlich orientierter ArbeiterInnen entledigt. Das ist soweit überall auf der Welt gelungen, außer in Schweden und in Dublin nach einem langen Kampf.

Es ist offenkundig, daß die fetten Profite aller Kaufhausketten und Junk-Food-Giganten auf der Arbeit junger Leute

beruhen. McDonalds ist keine Ausnahme: 3/4 der ArbeiterInnen sind unter 21. Das Fließband-System entqualifiziert die Arbeit: JedeR ist fähig, einen Hamburger zu grillen. Toiletten zu putzen oder den KundInnen zuzulächeln erfordert keine Schulung. Es ist also nicht notwendig Küchenchefs oder qualifiziertes Personal einzustellen — nur Leute, die bereit sind, für wenig Geld zu arbeiten.

Sie sagen, daß sie Jobs für SchulabgängerInnen schaffen und sie ungeachtet des Geschlechts und der Rasse aufnehmen. Die Wahrheit ist, daß McDonalds nur daran interessiert ist, billige Arbeitskraft anzuwerben — was immer mit sich bringt, daß unterprivilegierte Gruppen, insbesondere Frauen, unter besonders prekären Bedingungen lebende Ausländer usw., sogar mehr ausgebeutet werden als in der Industrie.

McDonalds-Werbung ist hauptsächlich auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet.

All dieser Tand und Routine mit Papierhüten und Strohhalmen und Luftballons verschleiert die Tatsache, daß das Essen, zu dem sie verführt werden, bestenfalls mittelmäßig, schlechtestenfalls giftig ist — und ihre Eltern wissen, daß es nicht einmal billig ist.

McDonalds nützt das Fehlen von Treffpunkten für Jugendliche aus — indem er Kommunikation über Konsum vorgaukelt.

DEIN EINFLUSS ZÄHLT

-Kaufe nicht mehr bei McDonalds, usw. und erkläre Deinen FreundInnen, warum.

Die riesigen Profite dieser Unternehmen — und somit ihre riesige Ausbeutungskraft — kommen von den Leuten, die ohne viel nachzudenken hineingehen. Es kommt auch auf die/den EinzelneN an. Warum sollte man/frau warten, bis alle aufgewacht sind?

Alle Veränderungen in der Gesellschaft gehen von Leuten aus, die sich die Zeit nehmen, über ihre Lebensweise nachzudenken und ihren Einsichten entsprechend handeln. Bewegungen sind nur "ganz normale Leute", die sich zusammenschließen, einer mit dem anderen, eine mit der anderen ...

Wo es Unterdrückung gibt, gibt es auch Widerstand: Leute organisieren sich, beziehen Mut aus den Aktivitäten von normalen Betroffenen aus der ganzen Welt, lernen neue Wege finden und neue Energie, um ein besseres Leben zu schaffen.

Bildet Selbsthilfegruppen!
Organisiert Gemeinschaftsküchen!
Boykottiert und bekämpft McDonalds und Konsorten
— nicht nur am 16.Oktober!

bezahlte Anzeige:

Der Kakao.

Von der Kooperative El Ceibo in Bolivien.



EZA Dritte Welt Laden
Wien VIII, Lerchenfelder Straße 18-24, Telefon 483996
Mo bis Fr von 10 bis 13 Uhr und 14 bis 18 Uhr, Sa 9 bis 12 Uhr

EZA Warenlager
Wien V, Obere Amtshausgasse 38, Tel. 54 34 32

EZA

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT DER DRITTEN WELT

Foto: Pausenwein

Die »humane« Flüchtlingspolitik wird fortgesetzt?

(zebra)

Minister Löschnaks ständig wiederholte Phrase und Drohung muß wohl ernstgenommen werden. Seit sechs Monaten Innenminister hat er nun per Weisung mit Ende Juli 1989 den Anspruch auf Bundesbetreuung für insgesamt fast 4000 Personen aus Ungarn und Polen gestrichen. In einer Radiodiskussionsendung beharrt er aber darauf, daß Österreich an der liberalen Behandlung von Flüchtlingen festhält.

Mit der Entziehung der Bundesbetreuung auf die an sich ja schon kein einklagbarer Rechtsanspruch besteht, sie kann und soll gewährt werden, stehen die 4000 PolInnen und UngarInnen auf der Straße. In Österreich auf den Ausgang ihres Asylantrages wartende AusländerInnen haben aufgrund einer Sozialministerweisung ein de facto Arbeitsverbot. Sie können sich also selbstständig gar nicht erhalten. Wiewohl natürlich fast jedeR AsylwerberIn irgendwelche Arbeiten verrichten muß.

Derzeit leben rund 15 200 AsylwerberInnen in Österreich, wartend auf den Ausgang ihres Asylverfahrens. Dafür werden laut Schätzungen rund 1,2 Milliarden Schilling pro Jahr ausgegeben. Damit wird Traiskirchen, die Abteilung im Innenministerium und die Gasthöfe finanziert. Das Asylverfahren ist in zwei Instanzen untergliedert, die erste auf der Ebene der Sicherheitsdirektionen, die zweite Instanz ist das Bundesministerium selbst. Dabei ergibt sich schon ein Problem, daß die Sicherheitsdirektionen dem Innenminister weisungsgebunden unterstehen und daher in ihren Entscheidungen nicht völlig unabhängig sind. Die erste Instanz ist ein "Durchlaufposten", bis zu 98% der Anträge werden ablehnend behandelt. Die erste sollte maximal sechs Monate dauern, die Regel ist aber ein Jahr; die zweite Instanz dauert ein bis zwei Jahre, in einigen Fällen länger. Der/Die AsylwerberIn kann sich also darauf einrichten, daß er/sie mindestens zwei Jahre in Österreich auf seinen/ihren Asylantrag zu warten hat. Diese Zeit muß in einem Gasthof verbracht werden, der vom Bundesministerium zugewiesen worden ist. Wenn der/die AsylwerberIn seinen /ihren Wohnort frei wählen möchte, so kann er/sie dies, muß aber dann auch für seinen/ihren Unterhalt selbst aufkommen. Für die Zeit des Anerkennungsverfahrens besteht ein de facto

Arbeitsverbot, daher kann man/frau praktisch nur mit Privatgelder hier in Österreich leben; dies bedingt, daß die Förderer auch eine Verpflichtungserklärung unterzeichnen, die den Staat jeglicher weiteren Hilfe entbinden.

Die überwiegende Zahl der AsylwerberInnen in Österreich kommt aus dem "Ostblock". Hierin unterscheiden die Behörden in RumänInnen und TschechInnen/SlowakInnen, die eher mit einem Flüchtlingsstatus ausgestattet werden; sowie PolInnen und UngarInnen, wo laut Behörden keine Verfolgung mehr nachweisbar ist. Sie werden unter "Wirtschaftsflüchtlinge" gereiht. Dieser Begriff ist vereinfachend und eigentlich demagogisch. Jahrelang wurde der Westen als Paradies der Menschen aus dem Osten vorgehalten, jetzt wo es mehr Gelegenheiten gibt, auszureisen, verwandelt sich der "Goldene Westen" als nicht so spendabel. Und es wird suggeriert, daß es etwas Böses ist, wenn man/frau sich wirtschaftlich verbessern will. Ja ist es denn das nicht unser gesamtes westliches Prinzip?

Immer sind bei einer Flucht auch wirtschaftliche Gründe vorhanden. Wenn ein Familienvater aufgrund seiner politischen Aktivitäten oder weil er kein Parteibuch hat, nur niedrigste Arbeiten bekommt und daher auch seine Familie erhalten kann, dann sind das wirtschaftliche Gründe; aber vor allem sind es politische. Jetzt auf einmal ist der europäisch-amerikanische Futtertrog zu eng und zu klein, jetzt plötzlich "kann man die nicht alle durchfüttern". Die gesamte Argumentation ist äußerst fragwürdig und scheinheilig.

Das gesamte österreichische Asylverfahren und die Anerkennungskriterien sind an sich reformbedürftig. Verfolgung nachzuweisen ist in den überwiegenden Fällen unmöglich. Die türkischen Behörden stellen den gefolterten KurdInnen keine Bestätigung aus, daß sie gefoltert wurden. Oftmals wird das aber verlangt, behauptete Verfolgungen belegen und bestätigen zu müssen, damit geglaubt wird. Sicherheits- und staatspolitisches Denken ist überwiegend gepaart mit bürokratischem Irrsinn ergibt diese Mischung für die einzelnen Flüchtlinge eine Situation, in der sie zu warten haben auf einen ungewissen Ausgang. Menschen, die vor ihrem Regime, das heißt vor Polizei, Staatssicher-

heitsdienst, Militär und Geheimpolizei, geflüchtet sind, werden hier als erstes mit Gefängnis, Polizei und Verhören konfrontiert. Ein Beispiel: Eine persische Mutter wird sieben Wochen mit ihren drei Kindern in Schubhaft genommen, Asylgründe werden nicht anerkannt, sie wird fremdenpolizeilich behandelt, was das heißt, müßte in einem eigenen Artikel beschrieben werden. Durch die Intervention von ZEBRA und einem Rechtsanwalt gelang es, sie im wahrsten Sinne des Wortes zu befreien. Das Asylverfahren wurde eingeleitet, das Warten begann. Nunmehr sind fast zwei Jahre vergangen, in erster Instanz wurde die Mutter nicht anerkannt, wie fast zu erwarten war. Sie konnte nicht gleich nachweisen, daß sie von der Polizei verhört, daß sie von der Polizei verhört wurde und von der Schulbehörde (sie war Lehrerin) suspendiert wurde. Die zweite Instanz erledigte die Berufung positiv, auf den Bescheid wartet sie nunmehr fast vier Monate. In diesen zwei Jahren verzweifelt fast jedeR AsylwerberIn, wenn hier nicht intensive Betreuung vorhanden ist. Die Mutter hatte das Glück, daß sich die Menschen um sie intensiv kümmerten und ihr halfen in dieser fremden und feindlichen Welt Fuß zu fassen.

Minister Löschnak sagt, daß das Geld nicht reicht für alle. Er sagt, daß wir human sind und das auch bleiben, aber für jene, die von den Innenministeriumsbeamten nicht als verfolgt angesehen wurden, muß der Geldhahn einmal abgedreht werden. Und ich bin mir sicher, daß die Argumentation von sehr vielen InländerInnen gebilligt wird, weil sie den Futterneid erhöht. Aber halten wir uns vor Augen, wieviel Geld das für den Flüchtling ist und wieviel Geld der Flüchtling tatsächlich bekommt, denn der überwiegende Teil des Geldes fließt in Gasthöfe und Pensionen, kommt dritten — privaten zugute. Ein Gastwirt bekommt pro Flüchtling etwa S 5600.—, im Winter wird es mehr. Der Flüchtling bekommt S 400.— im Monat, für jedes weitere Familienmitglied S 200.—. Über die Zustände in den Gasthöfen müßte man/frau ebenfalls einen eigenen Menschenrechtsbericht schreiben. Willkür, Terror und AusländerInnenfeindlichkeit ist also eine verdeckte Wirtschaftshilfe, nicht umsonst sind der überwiegende Teil der Pensionen und Gasthöfe alte, wirt-

schaftlich und strukturell abgetackelte Betriebe, die durch die Flüchtlingsgelder ihren Betrieb einige Jahre finanzieren können und danach ausbauen oder sanieren. In sehr vielen Fällen in ganz Österreich nachweisbar; daneben liegen Pensionen durchwegs in strukturschwachen Regionen, etwa in der Oststeiermark.

Es stimmt schon, daß das Asylverfahren nicht dazu herhalten soll, nicht verfolgte Personen in ganz Österreich Aufenthalt zu bieten. Aber solange eine derart restriktive Grenz- und Einreisepraxis vorherrscht, bleibt den »Fremden« ja nichts anderes übrig, als zu dem Mittel des Asyls zu greifen. Welches Recht maßen wir uns an, Menschen auszusortieren, ob sie verfolgt oder nicht sind, ob sie böse oder gut sind.

Die heurige Wirtschaftslage ist sehr gut. Klein- und Mittelbetriebe stellen Neuansprüche für ausländische Arbeitskräfte. Im Klartext heißt das, daß viele Betriebe derart gut flukturieren, daß sie zusätzliche Arbeitskräfte brauchen, der heimische Arbeitsmarkt kann diese Nachfrage nicht mehr decken. Zugleich sitzen aber 7000 arbeitsfähige AsylwerberInnen in Pensionen und Gasthöfen, dürfen nicht arbeiten, verstärken das Bild des/der schmarotzenden, im Gasthof herumsitzenden Ausländers/Ausländerin. Und stellen sie sich vor, zwei Jahre oder mehr lang nichts tun zu dürfen. Viele Flüchtlingsfamilien zerbrechen an dieser Situation. Die vom Patriarchat geprägte Familienstruktur bringt es mit sich, daß der Mann die Familie erhalten soll: er kann es aber nicht. Die Familie ist auf Almosen und Zuwendungen angewiesen. Die Frau findet unter Umständen noch viel leichter einen Job, als Näherin, Babysitterin oder Hausgehilfin. Die Spannungen in den Flüchtlingsfamilien ist groß. Die Isolation zu ÖsterreicherInnen nimmt zu.

Von einer humanen, liberalen Flüchtlingspolitik ist schon seit Jahren nichts mehr zu spüren, und die Verschärfungen liegen leider auch im Trend. Solidarität ist nicht von Vorteil und auch nicht erwünscht.

VORSCHLÄGE DAZU...

Zu allererst müßte der Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen werden. Sozialminister Geppert soll die Weisung des Arbeitsverbotes für AsylwerberInnen zurücknehmen. Die Gasthöfe sollten sukzessive abgebaut werden. Das im Budget für Flüchtlingshilfe veranschlagte Geld soll auch den Flüchtlinge zugute kommen. Es gibt keinen Grund warum ein Flüchtling sich nicht seinen/ihren Wohnort selbst, meist wesentlich billiger wählen sollte. Durch das Meldegesetz ist jede Person gezwungen, sich registrieren zu lassen und einen Wohnsitz nachzuweisen. Ist das Geld einmal dem Titel entsprechend verwendet, sollte man/frau sich über die Erhöhung des Budgets unterhalten. Wenn derart viel Geld für unnütze und absolut unprodukti-

ve Dinge verwendet werden kann, dann sollte eine Erhöhung des Flüchtlingshilfebudgets überhaupt kein Problem darstellen. Ich denke da an den Kauf der Draken (8 Milliarden S) und eine mögliche Anschaffung einer vierten Generation von Fliegern (mindestens 20 Milliarden S) und eine wirtschaftliche Umwegrentabilität hat man/frau bei den Flüchtlingen wohl auch, mindestens genauso, wie beim Militär (wie waswo????, Anm. d. Tipplers).

Schließlich und endlich muß die Betreuung und Beratung effizienter und entbürokratisierter vor sich gehen. In diesem Fall könnten private Hilfsorganisationen wichtige Leistungen anbieten (zB ZEBRA). Daneben muß aber unbedingt das gesamte Asylverfahren beschleunigt werden. Durchleuchtet man/frau einmal die Maßnahmen, die zu einer Entscheidung führen, so ist nicht ersichtlich, was da zwei Jahre dauern soll. Daher sollte das Verfahren mit zweiter Instanz insgesamt maximal ein Jahr dauern, das unter Umständen auch mit dem Preis eines höheren

Beschäftigtenstandes in den zuständigen Abteilungen.

Die Situation der Flüchtlinge und AsylwerberInnen in Österreich ist schlichtweg katastrophal. Die rosa eingefärbten Darstellungen von hohen und höchsten Beamten des Ministeriums, bis zum Innenminister selbst, sind den Tatsachen nicht entsprechend. Die gesamte Diskussion weist auch eine erschreckend niedrigen Wissensstand auf; dies bedeutet immer Boden für demagogische und billige Argumente, die zwar nicht existente, aber doch dauernd heraufbeschworene Volksmeinung noch weiter beeinflussen.

AutorIn:

ZEBRA

(Zentrum zur sozialmedizinischen, rechtlichen und kulturellen Betreuung von Ausländern und Ausländerinnen in Österreich

8010 Graz

Hans Sachs-Gasse 1

Telefon: (0316) 83 56 30

LeserInnenbrief, (gewissermaßen...)

Den folgenden Brief sendete die »Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus« an die ZEBRA, nachdem sie, infolge von Kontakten mit dem TATblatt, den obigen Artikel gelesen hatte. Eine Kopie davon bekamen wir:

Hallo Leute!

Falls ihr die IGARA nicht kennt: Wir sind eine Initiative, die seit ein bißchen mehr als einem Jahr versucht, Menschen gegen Antisemitismus, Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit zu mobilisieren.

Durch das »Tatblatt« haben wir euren Bericht über die katastrophale Lage der Flüchtlinge in Österreich erhalten. Eine solche »humane« Flüchtlingspolitik finden wir gleichfalls empörend!

Wir haben uns gefreut über eure Aufdeckung der Situation in den »Pensionen« usw.

Wir wollten schon seit längerer Zeit mit euch in Kontakt treten, um über eine mögliche Zusammenarbeit zu reden. Dabei möchten wir gerne mit euch Meinungsverschiedenheiten die zwischen der IGARA und ZEBRA bestehen auch besprechen.

Z.B.: Wir begrüßen jede Aktivität, die die Regierung zwingt (oder es versucht), Asylrecht sowie Asylpraxis in Österreich demokratischer zu gestalten. Aber wir glauben nicht, daß es möglich ist, hier einen wirklich demokratischen Zustand in der Asylfrage zu schaffen, solange die herrschenden Verhältnisse selbst auf »Ungleichheiten« rühren, solange Österreich (zB durch Waffenlieferungen oder Kredite) volksfeindliche Regimes unterstützt (Iran, Indonesien,...) und dadurch Menschen zur Flucht zwingt. Wir sind weiterhin der Meinung, daß die Behörden bewußt die Tatsachen entstellen und beschönigen. Wir finden es auch gefährlich, eine Erhöhung des Flüchtlingbudgets sowie eine Beschleunigung des Asylverfahrens zu fordern, ohne gleichzeitig zu fordern, daß das Geld dann den Flüchtlingen zugute kommt (und nicht zB dem Bau von neuen Lagern) und daß die Flüchtlinge rascher anerkannt werden (und nicht binnen drei Tagen abgeschoben werden wie zB die PolInnen oder UngarInnen jetzt).

Einige Punkte sind bei uns noch nicht ausdiskutiert, zB: Asylrecht für alle? Ihr schreibt: »Welches Recht maßen wir uns an, Menschen auszusortieren, ob sie verfolgt oder nicht sind, ob sie böse oder gut sind.« Wir sprechen den Herrschenden ein solches Recht ab. Ganz klar ist, daß sie das Asylrecht nicht neutral behandeln: verfolgte KurdInnen und FaschistInnen (wie Reder, Bartsch) werden ganz verschieden behandelt. Ein Asylrecht für Figuren wie Reder, für »Graue Wölfe« usw lehnen wir entschieden ab. Unklar ist uns, unter welchen Lösungen dies alles leicht verständlich zu vermitteln ist.

Eine Diskussion über solche Themen betrachten wir als nützlich für alle Menschen, die der skandalösen Behandlung der Flüchtlinge in Österreich ein Ende bereiten wollen.

Es besteht bei uns die Idee in nächster Zeit eine Artikelserie über Asyl im »Tatblatt« zu schreiben. Wir schlagen euch und »Tatblatt« vor, es gemeinsam zu gestalten, auch in Form einer »Diskussion«, falls wir uns nicht in allen Punkten einigen können. (Ich bin für spannende Diskussionen; Anm des Tipplers am TATblatt-Computer, der Fotograf auch, ein Teil der Drucker auch; Anm d LehAuterInnen: Wir auch, eh klar!.)

IGARA

Flüchtlingspensionen im Burgenland: Wie kleine Kinder?

Immer wieder werden in Lagern und Pensionen untergebrachte Flüchtlinge Schikanen durch die "Betreuungs"personen ausgesetzt; die Flüchtlinge in der "Pension Wolfram" in Gols/Bgld. wehren sich jetzt.

(TATblatt-Wien)

Die Versorgung, für die der Pensionsleiter, Jochen Wolfram, pro Person rund ÖS 200,— erhält, beschreiben die Flüchtlinge als völlig unzureichend. Bei der Nahrungsmittelversorgung reichen die Probleme vom Frühstück, für das viel zu wenig Kaffee und Zucker zur Verfügung steht (drei Liter Kaffee für 29 Personen; eine einzige Zuckerdose, die gezählte 17 Löffel Zucker faßt) über das Mittagessen — hauptsächlich Innereien, aber "mit genug Fett" — bis zum Nachtmahl. Und selbst diese Bedingungen sind nur vorhanden, wenn "keine Vorfälle" passiert sind.

Vorfälle, das sind zum Beispiel Situationen wie die folgende: Eine ungarische Flüchtlingsfamilie kauft Brot, die Reste werden weggeworfen. Die "Verwalterin" findet die Brotreste im Abfall: die Brottration für den folgenden Tag — sinnigerweise ein Feiertag — wird "gestrichen". Für gewöhnlich werden bei solchen "Vorfällen" die Flüchtlinge zusammengerufen; dann wird vom Pensionsleiter die Frage gestellt, wer den "Vorfall" verursacht hat. Meldet sich niemand, werden alle "bestraft". Strafen dieser Art sind zB. das Abschalten des Stromes für einige Stunden oder, wie oben, der Entzug der Brottration.

Essen wird auch nur persönlich ausgegeben. Von 7.00 bis 7.30, von 12.00 bis 12.30 und von 17.30 bis 18.00 kann gegessen werden — dann müssen die Flüchtlinge den Saal verlassen; Essen mitzunehmen ist nicht erlaubt. Und wer zB. um 7.15 kommt, für den oder die wird es "mühsam", Essen überhaupt zu bekommen. Dafür werden immer wieder die Zimmer der Flüchtlinge vom Pensionsleiter auf Nahrungsmittel durchsucht, manchmal sogar in Begleitung des örtlichen Gendarmen.

Die Kontakte zur Außenwelt, zB. Post und Telefon, sind weitgehend unterbunden. Besuche im Haus sind nicht erlaubt; bekommen Flüchtlinge Besuch, müssen sie auf den angrenzenden Parkplatz ausweichen. Von 9.00 bis 12.00 ist "Besuchszeit", seit zwei Wochen "sogar" bis 18.00. Das Restaurant, das zum Gebäudekomplex dazugehört, ist für die Flüchtlinge verbotener Bereich, obwohl es meistens leer oder geschlossen ist — insbesondere, seitdem die "Verwalterin" die JugoslawInnen und TürkInnen, die dort oft gegessen und getrunken haben, "verjagt" hat.

Flüchtlinge, die Kritik an diesen Zuständen übten, wurden an andere Pensionen abgeschoben. Mittlerweile sind die Flüchtlinge zu dem Schluß gelangt, daß sie sich gemeinsam wehren müssen: In einem Brief an das Bundesministerium für Inneres, das UN-Flüchtlingshochkommissariat und die Öffentlichkeit zeigen sie die Mißstände auf und fordern eine Veränderung. Diesen Brief haben alle erwachsenen Flüchtlinge in der Pension unterschrieben, bis auf vier, darunter zwei Polen, deren Lage zu "wackelig", zu unsicher ist.

Eine Kommission der zuständigen

Stellen des BMI, die Anfang Oktober die Pension inspizierte, empfanden die Flüchtlinge als "Show", die zu ihrer Beruhigung gedacht sei. Änderungen werden erst eintreten, wenn breiter öffentlicher Druck entsteht auf das Ministerium und die Quartiergeber der Flüchtlinge, die deren Isolation schonungslos ausnutzen. Diese Öffentlichkeit sollte aber nicht nur diese Spitze des Eisbergs erfassen, sondern die Geschäfte, die mit der AusländerInnenfeindlichkeit in Österreich gemacht werden, unterbinden.

An den Bundesminister für Inneres
An den Hochkommissär der UNO für Flüchtlingsfragen
An die Lagerleitung, Flüchtlingslager Traiskirchen
An die Öffentlichkeit

25.09.1989

Sehr geehrte Herrschaften!

Wir sind verzweifelte Menschen aus Rumänien, Polen, Tschechoslowakei und Bulgarien, denen es gelungen ist, vor Despotismus und Repression zu fliehen. Wir haben die ständige Angst vor Polizeiwillkür und Gesetzlosigkeit hinter uns. Daher fällt es uns nicht leicht, unsere Unterschrift unter einen solchen Brief zu setzen.

Sie haben das Glück gehabt, in der Sonne der Demokratie geboren und aufgewachsen zu sein. Deshalb werden Sie uns schwer verstehen. Man kann das weder beschreiben noch erzählen. Man muß es einfach erlebt haben. Und trotzdem, einmal ist die Geduld zu Ende und die Angst vor den Konsequenzen wird überwunden. An so einem Punkt sind wir jetzt angelangt.

Wir sind Österreich dankbar dafür, daß es uns aufgenommen, Unterkunft und Nahrung gegeben hat, daß es für unsere Kinder sorgt. Unser Flüchtlingsleben ist voller Probleme und Sorgen über die ungewisse Zukunft. Leider kommen dazu noch die bewußten Schikanen der Besitzer der Pension, in der wir leben. Nachdem sich die meisten von uns geweigert haben, schwarz für die Besitzer zu arbeiten, kamen die verschiedensten, uns unverständlichen Strafen und Schikanen:

- 1) Regelmäßig wird der Strom für längere Zeiten abgeschaltet.
- 2) Damit steht für längere Zeit auch kein warmes Wasser zur Verfügung.
- 3) Im Frühjahr 1989 haben wir für die Reparatur der Waschmaschine extra bezahlen müssen. Um die Waschmaschine aber benutzen zu dürfen, sind wir auch noch verpflichtet, die Gemeinschaftsräume zu putzen und zu waschen.
- 4) Am 14.5.1989 wurden wir mit dem Entzug der täglichen Brottration bestraft. Es war Sonntag und alle Geschäfte waren zu. Bestraft wurden auch die Kinder zwischen 2 und 10 Jahren.
- 5) Am 31.8.1989 hat man uns die persönliche Post nicht ausgehändigt, weil im Gang ein Fahrrad gestanden sei. Außerdem wurde noch der Strom abgedreht.
- 6) Es ist verboten, daß wir angerufen werden. Wir leben 3 km von der nächsten Siedlung entfernt...
- 7) Jeglicher Zutritt Außenstehender in der Pension ist verboten. Wir müssen in völliger Isolation leben.
- 9) Regelmäßig machen die Besitzer Durchsuchungen, inklusive nach Nahrungsmitteln, welche die einzelnen gekauft haben.
- 10) Die Verpflegung ist schlecht und unzureichend. Es fehlt an Zucker, Kaffee und die Milch für die Kinder reicht auch nicht (die Portionen betragen maximal 1/8 Liter).

Natürlich können wir das alles schwer beweisen. Wir haben versucht, darüber zu diskutieren. Doch man hat uns nur gesagt: "Wenn es euch nicht gefällt, so geht doch zurück, wo ihr hergekommen seid, ihr Schweineflüchtlinge!"

Solche Skandale und Strafen gibt es praktisch jeden Tag. Wir haben auch den Versuch unternommen, unsere Probleme in Traiskirchen vorzubringen. Man hat uns jedoch gesagt, daß die innere Ordnung der Pension allein Angelegenheit der Besitzer sei.

Wir fragen, ob "Schweineflüchtling" und "Scherit euch zurück" auch zur Hausordnung der Pension gehört? Das ist wahrhaft unwürdig für freie und ehrliche Menschen.

Schon im Jahre 1988 ist die Lage in der Pension ähnlich gewesen. Eine Kommission ist gekommen und hat Anordnungen getroffen, die wirkungslos geblieben sind.

Wir glauben an die demokratischen Prinzipien Österreichs und wenden uns mit der Bitte an Sie, diesen Erniedrigungen ein Ende zu machen, damit unser an sich schon schweres Leben halbwegs normal wird.

Pension Wolfram
7122 Gols/Burgenland

*Gantchev, A. Minchev, Kulez; Petrova; Prof. Jovan
St. Itseva; Jelic; Jancic; Jancic; Jelic; Jelic
Kotova; Jelic; Jancic; Jancic; Jelic; Jelic
Kotova; Jelic; Jancic; Jancic; Jelic; Jelic*

ÖIE - Tagung Europa, Österreich, Afrika - Wohin: A world Apart?

(dieser Artikel wurde uns von einer Person gebracht, die bei der Veranstaltung dort gewesen ist)

Tag 0:

Schon die Vorbereitungen ließen Schlimmes ahnen. Die Anti-Apartheid-Bewegung und die Solibewegungen Afrika wurden nicht kontaktiert, außer der Mosambik-Rundbrief, der durch Michael Baiculescu im Arbeitskreis 11 - südliches Afrika - vertreten war. Dies auch nur, weil Redaktionsmitglied Uli Mayerhofer als ÖIE-Angestellter in St.Pölten ihm die Lobby machte, womit dies eigentlich eine ÖIE-Interne Rekrutierung blieb. Als Aktion Feigenblatt wurde Reinhard Langthaler (FSE-Afrikareferent) und einige Mitglieder von ZAST herangezogen, deren Vorschläge — eben die AAB z.B. einzuladen — und Kritik aber nicht berücksichtigt wurden. Auch täuschte man/frau sie über die Breite der einbezogenen Gruppen.

Für die Planung zeichnen die SozialromantikerInnen Bernd Heindl (ÖIE-OÖ), Marianne Grandits (ÖIE-Wien) und Gerti Perlaki (ÖIE-Wien) verantwortlich, die mit dieser Veranstaltung dem konservativen und katholischen, aber auch New-Age Lager einen Bärendienst leisteten.

Schon die Fragestellung impliziert neokonservative Ideologie: Denn wie und wo kann Afrika seinen Weg bestimmen, sein Wohin, als ob es souverän entscheiden könnte. Machtverhältnisse und Ausbeutungsstrukturen werden durch eine solche Fragestellung verschleiert. Man/Frau deutet klar an, daß man/frau Kritik nicht wünscht und sich den Geldgebern im ÖVP-Ministerium (BM.f. auswärtige Angelegenheiten) opportunistisch anbiedern will. Eine mögliche Kritik aus dem Publikum wurde durch kayatolische Struktur unterbunden und die Richtung durch die Auswahl der Referenten tendenziös vorgegeben.

So wurde zwar eine Perspektivenwerkstatt unter der für Afrika fachlich nicht kompetenten Gerti Perlaki für zwei Tage eingerichtet, wo die Neokonservativen und Theologen eindeutig das Übergewicht hatten, aber dem Publikum wurde die Mitdiskussion einfach untersagt. Hier gab man/frau sich nicht einmal die Mühe, einen demokratischen Anstrich zu bewahren. Anders die Arbeitskreise: Man/Frau stritten zwar mitunter munter miteinander, aber die ArbeitsgruppenleiterInnen — die ebenfalls zum Teil (Ex-) KatholikerInnen bzw. TheologInnen waren — schafften es schließlich bei der Präsentation der Ergebnisse ihre Meinung als die der Diskussions-

gruppen zu präsentieren. Protest wurde durch autoritäre Maßnahmen erstickt. Zahlreiche TeilnehmerInnen verließen unter Protest die Veranstaltung bzw. Plena, doch dazu später.

Schließlich verlangte man/frau für diese Verarschung auch noch eine Tagungsgebühr von 150 öS; klaro, daß sozial gestaffelte Preise nicht einmal in Erwägung gezogen wurden.

Tag 1:

Begann um 19.30 im neuen Rathaus Linz mit dem katholischen Propagandafilm 'Afrika Rivera' (BRD, Ulrich Schweizer), wo unsäglich dumme Klischees über Afrika verbreitet wurden — glückliches Bäuerlein — böse Stadt — rettende Mission — und man/frau sich vom Befehl Jesu in der Entwicklungspolitik anlernen lassen mußte. Danach gab es eine Podiumsdiskussion über dem Film mit J.Cl.Diallo, Fofona-Herzberger, El Loko und W.Hartmeyer. El Loko (Togo) findet den Film toll und schwärmt über die Ideen der Negritude, Diallo findet als einziger kräftige Worte der Ablehnung — blieb aber zynischer Politiker, der er ja als Ex-Außenminister von Guinea ist — und Fofona (Senegal) fand den Film offiziell gut, off the record aber als völligen Scheiß. Sonstige Details aus der Diskussion hatten nur Unterhaltungswert, brachten aber nichts neues.

Kurz zu den Arbeitskreisen und ihren LeiterInnen: Richard Langthaler (Ex-Theologe, Afrikareferent der ÖFSE), Marilies Rehor (BM.f. Auswärtige Angelegenheiten, kein Kommentar notwendig), Michael Obrowsky (New-Age Fan, ÖFSE), Hans Geißelhofer (Entwicklungswerkstatt Salzburg), Michael Windfuhr (FIAN, Neutralistische Hilfsorganisation, die nur auf Regierungsebenen PR-mäßig interveniert), Fofona — Herzberger (Literaturwissenschaftlerin), Josef Pampalk (Ex-Theologe und Ex-Missionar, Mattersburgerkreis), Bnezt Bujo (Zaire, Moraltheologe), Margit Niederhuber (Journalistin) und Michael Baiculescu (Mozambik-Rundbrief). Man sieht, kaum qualifizierte Fachleute und ein starker Theologenblock.

Die Perspektivenwerkstatt war weitgehend mit obiger Liste ident, hinzu kamen "Kapazitäten" wie Bukasa Ditutu (Zaire), Helga Gewecke (Dienste in Übersee, Neokolonialer Infodienst der BRD), Viktor Sertic (Ex- Weltwährungsfond Funktionär), Gaetan Sebutandi (Deutsche Welle Köln) oder Brita Neuhold (ÖIE-Wien, Sozialromantikerin). Tatsächliche Fachleute, die ihre Alibifunktion erkannten, sagten ab oder wurden erst gar nicht kontaktiert.

Tag 2:

Die Katastrophe! Alleiniges Hauptreferat hat der Schweizer Theologe und neokonservative Pseudofachmann Al Imfeld.

Vorher wurde noch eröffnet durch Gemeinderätin Rockenschaub (Linz), die sich den Satz leistete, daß die Völker Namibias und Saharas, die einzigen ohne Selbstbestimmung seien; und Südafrika oder Eritera? Ingrid Jäger (ÖIE-OÖ) gab sich einen peinlichen Auftritt in Sachen Eigenpromotion, war aber inhaltlich nicht präsent.

Nun der Vortrag von Al Imfeld. Nach der üblichen Hetze gegen die Linke (die Linke kann nicht lachen), Rechtfertigung des Kolonialismus (Kolonialismus hat es schon immer gegeben und sei ganz normal und man/frau muß den Kolonialismus endlich mal positiv sehen. Er hat ja viel Gutes gebracht und während des Kolonialismus ging es den AfrikanerInnen ja viel besser), Verharmlosung des Neokolonialismus (Afrika und Europa sind eine Schicksalsgemeinschaft. Afrika kann ohne Europa nicht existieren; führt Lome-Abkommen als Beispiel an), muß man/frau schließlich sich Propaganda für Apartheid-Südafrika anhören: "In der Apartheid gibt es mehr Dialog zwischen Schwarz und Weiß als in Afrika und in Europa" (Al Imfeld). Kurz: Die Arpartheid sei Vorbild an Dialog, ja sie ist ein Dialog.

Schließlich meint Imfeld sinngemäß, der sich zeitgeistig als Postmoderner bezeichnet, daß sich die Solibewegungen am besten auflösen sollten; Mitleid und Solidarität sind nutzlos und schaden einem Dialog, so Imfeld wörtlich.

Der eigentliche Skandal ist, daß ihn niemand vom ÖIE, ÖFSE, österreichischen Bischofskonferenz, Mosambik-Rundbrief oder von den anderen DiskutantInnen der Perspektivenwerkstatt bzw. ArbeitskreisleiterInnen dafür kritisiert hat. Hartmeyer (ÖIE-Vorstand) schwieg und VertreterInnen der Kirche gaben ihm in überschwenglicher Schleimerei recht. Erst Jean Claude Diallo ließ zart eine Kritik anklingen (er meinte verschlüsselt, Imfeld habe keine Fachkompetenz. Allein in Afrika gewesen zu sein, ist zu wenig) und Josef Pampalk sprach allgemein, ohne Imfeld direkt anzugreifen, über die Gefahr des hijacking of the revolution. Dies kommentierte Imfeld durch persönliche Beleidigung — Pampalk Rede Blödsinn — außerdem habe es nie eine Revolution weder in Afrika noch sonstwo auf der Welt gegeben und Revolutionen seien sowieso Unsinn, so Imfeld sinngemäß, womit sich Imfeld wohl entgültig als Anwalt des Neokolonialismus entlarvt hat. Erst die Vertre-

Schwachsinn ist eine Disziplin, die sich ohne Probleme jederzeit auch noch ins Grenzenlose steigern läßt. Einzige Voraussetzung: Genug Courage – und Mut zur Unmenschlichkeit...

Den Beweis dafür will wohl das Bundesheer antreten, das momentan intensiv die Werbetrommel fürs Sterben rühren läßt. Neben von der Industriellenvereinigung gesponserten Speiblaten, die neuerdings überall die Landschaft verunstalten – womit dankenswerterweise gleich klaggestellt worden ist, wer da unbedingt verteidigt werden will – fühlt man sich auch an der publizistischen Front zu Höherem berufen.

So mischt das Verteidigungsministerium mit einem tiefsinnigen Beitrag die Debatte um „Bundesheer & Massenmord light“ auf: „Kübel-spritze statt Tanklöschfahrzeug? Sturmgewehr statt Panzer?“ macht der Gene-



ralstab einen auf Kokett-Nachdenklich. (Man beachte die werbestrategisch wohldurchdachte Wortschöpfung „Tanklöschfahrzeug“).

„...Und kaum einer von uns hat in letzter Zeit einen Großbrand erlebt. Dennoch käme niemand auf die Idee, die Tanklöschfahrzeuge der Feuerwehr durch Kübel-spritzen zu ersetzen.“ (Alle Zitate aus Miliz-Information 3/89, Herausgeber ist das Verteidigungsministerium).

Alles klar? Wer Kriege orsch findet, der will auch nicht

i. b) Auftragsgegenstand/Nature and quantity of goods to be supplied:
65.000 Stk. Mehrzweckverband, metallisiert, gemäß TL 6510/03 „oder gleichwertiges“
18.000 Stk. Kopfverband, metallisiert, gemäß TL 6510/04 „oder gleichwertiges“

Öffentliche Ausschreibung in der „Wiener Zeitung“

löschen wenn Feuer am Dach ist.

Bloß einen Fehler hat das schöne Beispiel: Die Feuerwehr zündelt meistens nicht noch selber.

Und: Daß es nunmal schlichtweg Unfug wär, das eigene Haus mit Österreich zu verwechseln, für die da Oben auch noch das einzige Leben herzugeben; das Vaterland zu lieben – statt es gebührend und bei jeder Gelegenheit zu verraten.

Es war schon eine Frechheit für sich, wie das Militär Abfangjäger gekauft hat & sich das dann irgendwie von wegen Schutz „Für uns Alle“ zurechtgelogen hat.

Mittlerweile jubeln die Militaristen über Raketen – und: Der Draken ist als Schlüsselanhänger in Gold & Silber (statt aus Rost – Sic!) von ö.S. 170,- aufwärts zu haben. Wenigstens konnten wir das der Zeitschrift „Visier“ entnehmen, einem Druck „werk“ des „österreichischen Milizverbandes“ – das als Beilage (!) zu der vorher erwähnten „Miliz-Information“ dieser Tage an

Fortsetzung auf der Rückseite

Österreichs EG Beitritt scheint beschlossene Sache zu sein: Die höheren Etagen der Wirtschaft sind stark dafür. Und so soll auch der gewöhnliche Staatsbürger überlegen, was „uns“ das bringen mag & dabei weiterhin beflissen die Republik mit sich selbst verwechseln.

Denn ansonsten wärs nach wie vor schwierig, diesem Beitrittsansuchen etwas Positives abzugewinnen.

Die Politik jedenfalls hat ihr patriotisches Interesse an einem einigen Europa entdeckt & überhaupt plädieren die Zeichen der Zeit für einige Kniefälle international, um gegenüber den eigenen Leuten umso stärker aufzutumpfen zu können.

Und mit ihnen. Die zwischenstaatliche Konkurrenz verschärft sich: „Wir“ werden als Manövriermasse dringend gebraucht.



Da hat Außenminister Mock dann gestrahlt wie ein frischlakiertes Schaukelpferd, als er das EG-Beitrittsansuchen in Brüssel überreicht hat. Und die ganze Bonzenriege hat sich mit ihm gefreut.

Schließlich: Da kommt Freude auf – endlich läßt sich ungestraft mit der Möglichkeit kokettieren, als Nation irgendeine Bedeutung zu haben und zwar so, daß die Anderen das endlich auch mal ernst nehmen müssen.

Bloß irgendein obskurer belgischer Minister hat die Stimmung vermietet. Hat gemotzt „EG“ und „Neutralität“ gingen nicht zusammen, weil die Ersteren sich weltweit wichtig machen will und das Militär allemal ein Mittel einer gediegenen Machtausübung sei – und nicht bloß das Allerletzte.

Jedenfalls darf sich der dienstbeflissene Staatsbürger jetzt wieder den Kopf zerbrechen: Wird „es“ gleich behandelt? Oder erst später? Brunzt irgendein gelangweilter EG-Bürokrat drüber und ist der Ofen erstmal aus? Falten sie Papierflieger draus & entweihen alle Hoffnungen dieser schwer geprüften österreichischen Nation? So ein Schweineglück gibts nicht einmal der Pointe wegen... Wir sind hier nun vermessene ge-

nug, uns der allgemein verordneten Hysterie erstmal nicht anzuschließen. Mehr noch: Wir erlauben uns, zu allererst noch eine Frage von vordergründig schier nebensächlichem Belang aufzuwerfen.

Spätestens nämlich, wenn das kategorische nationaleelige „Wir“ wieder eine seiner besonderen Sternstunden erlebt – sollte man kritisch aufmerken.

Und das ist bei dieser unseeligen, überfallsartig vom Zaun gebrochenen EG-Debatte ja bis zum Erbischen strapaziert worden; hat sich als der Totschläger allen gesunden Menschenverstands schlechthin erwiesen.

„Wir“ Österreicher sollen gefälligst endlich unseren fetten Orsch heben, damit „Wir“ endlich „EG-reif“ werden.

„Wir“ blöden Vollidioten sollen mehr hackeln – um weniger Geld, bloß weil das der Wirtschaft nutzt. Wir Affen sollen endlich reif werden, uns unseren Trottel runterzureißen – einschlägige „Fach“zeitschriften strotzen nur so vor „Checklisten“ für geplagte Ausbeuterschweine, was sich alles aus den Hacklern an Profiten rausholen lassen wird – wenn „Wir“ es nur schlau genug anstellen.

Wer wird da eigentlich im Plural hoffiert? Die sabbrige Speibe trieft den einschlägigen Zeitungsschmierern nur so aus dem Mund: Nicht einmal mehr das Paradies auf Erden brauchen sie zu verheißeln, diese Apologeten des 16-Studentags. „Schwierig wirts – aber wenn ‚Wir‘ bloß genug ‚Leistungswillig‘ sind, können ‚Wir‘ es schaffen.“ Mal ehrlich: Bloß ein Vollidiot geht sich danach, den lieben und vor allem langen Tag zu schufteln bis er abends hin ist... Und davon mehr?

„Wir“ sollen mobiler werden – flink von hinnen, irgendwo werden „Wir“ gebraucht. Da gibts kein Wenn-und-Aber, Einwände zählen nicht mehr.

Ein neuer Tag, eine neue Million. Für die Oben
Ein neuer Tag, die alte Scheiße. Für die Unten.

Nochmal: Wer ist „Wir“? Den *Einen* gehört „unsere Wirtschaft“ und die *Anderen* sollen dafür hackeln.

Es gibt die Reichen.
Es gibt die Armen.

Und das sind nicht dieselben. Die Verhältnisse zwischen den Nationen sind im Umbruch. Soll heißen: Einige setzen sich gemeinsam durch, die Andern müssen knien. Der reale Sozialismus

Da die Geschichte jetzt doch schon einige Zeit zurück liegt, eine kurze Rekapitulation der Geschehnisse: Nach der Räumung der Ägidigasse zogen Ende August einige Obdachlose in die Tierhandlung und bewohnten diese bis Ende September. In dieser Zeit kam es öfters zu Polizei-, „besuchen“; einer war besonders spektakulär – eben jener am 8.9. Überfallartig stürmte Alarmabteilung und Stapo das Lokal, trieben die Anwesenden und einige Menschen, die sich vor dem Lokal aufhielten in einem Nebenraum zusammen, hielten sie dort fast zwei Stunden fest und verschwanden schließlich so plötzlich, wie sie gekommen waren.

Der Mieter des Lokals, der sich unter den Bullenopfern befand, reichte beim Verfassungsgerichtshof daraufhin Beschwerde ein und zwar wegen Verletzung der persönlichen Freiheit und Verletzung des Hausrechts. *Der ersteren wurde jetzt stattgegeben, die zweite abgelehnt.* Die Begründung der Ablehnung war, daß es sich im gegenständlichen Fall nicht um einen Wohnraum handelte – „sondern um eine Stelle, in der jedermann eingeladen war, Informationen über die An-

Nach fast einem Jahr hat jetzt der Verfassungsgerichtshof entschieden: Das Vorgehen der Polizei am 8.9.1988 in der „besetzten“ Tierhandlung war zumindest zum Teil rechtswidrig.

Im Namen der Republik.

liegen der Obdachlosengruppe zu erhalten. Der Verfassungsgerichtshof stellte zwar auch fest, „daß die Sicherheitswachbeamten das Lokal besichtigten, umherblickten, Gegenstände zur Hand nahmen, ein Messer zerbrachen und eine Aktentasche öffneten“ – das geschah aber nicht im Zuge einer Hausdurchsuchung, sondern wohl nur in der Absicht, sich ganz genau zu informieren. Zum Wesen einer Hausdurchsuchung gehört nämlich, daß nach bestimmten Sachen oder Personen gesucht wird. Das Festhalten in dem Nebenraum stellte aber eine Festnahme dar – auch wenn das die Polizeibehörde bestritten hatte – und deshalb wurde der Beschwerde wegen Verletzung der persönlichen Freiheit stattgegeben. Der Vertreter der Finanzprokuratur hatte bei der Verhandlung immer damit argumentiert, daß es den festgehaltenen Personen möglich gewesen wäre, wegzugehen – hätten sie genügend stark opponiert. Dieser Argumentation konnten sich die Verfassungsrichter aber nicht anschließen. Aus gutem Grund: Die Polizeipraxis, einen jeden Festgenommenen gleich quasi zur Vorbeugung wegen Widerstand anzuzeigen, wäre nicht mehr durchführbar gewesen – hätte sich derjenige doch dann auf das geforderte Opponieren berufen können.

Die Sache ist aber noch immer nicht zu Ende. Der Beschwerdeführer erhielt eine Vorladung ins Sicherheitsbüro. Dort mußte er den ganzen Sachverhalt noch einmal schildern. Ein Beamter tippte brav all das in die Maschine, was ohnehin schon zigmal gesagt worden war. Von den Vernehmungen und dem Spruch des Verfassungsgerichtshofes hatte er keine Ahnung – oder tat zumindest so. Aber es ist ja auch ein weiter Weg vom ersten in den neunten Bezirk. Warum das Ganze? Angeblich ermittelt das Bezirksgericht Donaustadt gegen die Beamten wegen Amtsmissbrauch. ●



Fortsetzung von Seite 1

hat den Orsch offen. Ungarn & Polen kommen unter die Eg-Fuchtel. Jugoslawien ist sowieso schon kassiert. Und auch sonst scheint alles möglich. Dieser Hintergrund – und nur der – erklärt warum für Österreichs „Brückenfunktion“ der Ofen aus ist. Weil sie nicht mehr gebraucht wird. Das Ziel erreicht ist. Ein unbegrenzt vernutbares Menschenreservoir direkt vor der Haustür neu erschlossen. Praktisch über Nacht ist das Thema „Eg-Beitritt“ – das sich vor allem als ansonsten inhaltsloses „Ja, ja... bitte, bitte, schlag mich“ äußert – zum Medienhändler Nummer Eins geworden. Eigentlich sind sofort so ziemlich Alle leidenschaftlich dafür und überlegen, was sie speziell noch beitragen können. Selbst die eher kritischen Geister werden mit diversen „Assoziationsvarianten“ ideal mitbedient. Wir behaupten: Zufall war das alles keiner. In mehrfacher Hinsicht ist der Zeitpunkt allzukulig gewählt. Auch sollte man den Moment des tatsächlichen Beitritts (irgendwann in den 90er Jahren) nicht aus den Augen verlieren. Dann gibts auch noch eine Volksabstimmung – über die alle reden, als sei sie eine reine Formsache. Dadurch kann die Ausrede, von Nix was gewußt zu haben gar nicht aufkommen –

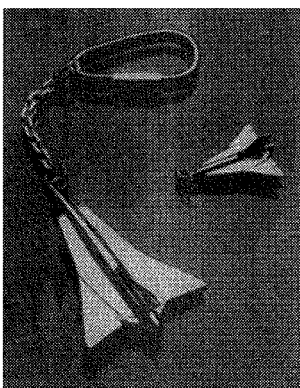
Fortsetzung „Milizteam“ alle armen wehrpflichtigen Schweine versandt wurde. „Visier“ läßt es nicht nur an einer gewissen Distanzierung von so Widerwärtigkeiten wie z.B. für Österreich einen Heldentod krepieren mangeln – es hat auch einen weitherzigen Sinn für historische Traditionen: „Nicht zu jung zum Sterben – Die Hitler-Jugend im Kampf um Wien 1945“ legt sie ihren Lesern – wohl als weiterführende Lektüre – nahe. Denn: „Das Buch hätte zweifellos ‚heimatkundliche‘ Bedeutung, berichtet es doch den Verlauf der Gefechte an den einzelnen Orten so genau, daß eine ‚Geländebesprechung‘ möglich wäre.“ Und: „Zudem wird eine sehr selten behandelte Seite des Krieges – der Einsatz von Jugendlichen als Soldaten – ausführlich behandelt.“ „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Offenbar. An dieser Stelle muß eine sehr persönliche Anmerkung gestattet sein: Ob ich jetzt für Adolf oder Kurt sterben muß, ist im Grunde echt wurscht: Hin ist nun mal hin. Bloß leben möchte ich unter beiden lieber nicht – auch wegen ihrer Kriege, aber nicht nur: Der Frieden ist bloß deren Fortsetzung mit veränderten Mitteln. Sätze wie: „Man erkennt mit welcher Typenvielfalt das Fachpersonal früher zu kämpfen hatte und wie ‚reinrassig‘ wir heute geworden sind“ sollten dann eigentlich nicht mehr allzusehr empören – was so toll an nem Panzer mit Ariernachweis ist, hätten wir trotzdem noch gern gewußt. Stamm der Satz doch aus einer weiteren Buchbesprechung: „Die Panzerfahrzeuge des österreichischen Bundesheeres 1918-1988“ und soll ja irgendwie – wie die ganze Zeitschrift – verschämt für eine Demokratie die Werbetrömmel rühren, für die „Wir“ bei Bedarf verrecken sollen. ●

falls später echt wieder was schiefeht.

Die Befehlsempfänger am Ballhausplatz werden also dann ihre Weisungen behender kriegen können, über den ganz normalen Amtsweg halt.

Aber zugleich ist ein Beitritt De-Jure ein politisches Signal: Der kalte Krieg ist ökonomisch längst gewonnen, weil Kapitalisten beim Leuteschinden nunmal immer allen anderen Systemen über sind. Jetzt geht es im Osten längst um das politische Drumherum; um nette, pflegeleichte Paraphrasen wie „Demokratie“ und „Mehrparteiensystem“ & was der demokratisch-freieitlichen Erungenschaften noch mehr sind. Halt die ganze hohe Schule vom Leuteeinseifen. Früher oder später möglicherweise auch um die administrative Angliederung & damit stille Annexion. Und da kann Österreich durchaus wieder die Vorreiterpose mimen, auf die sichs scheinbar so sehr steht: Voran kopfüber in den sudrigen Analaswurf der dritten Weltmacht. „Und wenn selbst ein ehemals neutrales Land wie Österreich...“ Politikerlippen sind geduldig, überall auf der Welt. Sie bringen immer auf den Punkt, was für eine gediegene Herrschaft den Untertanen schon mal gesagt werden mußte. Mit den „Sachzwängen“, die dafür sorgen, daß das nicht wie bloß leeres Gelalle klingt, wird beizeiten – dann auch mit Österreichs devoter Mithilfe – sicher überreichlich gesorgt. Gegen die „EG“? Für „Österreich“? Staß. Grober Unfug. Jetzt ist es schon orsch genug. ●

Über die wirtschaftlichen Folgen siehe auch Kultur zwischen 21 („Austritt aus EG und Österreich“). Einfach bei uns anfordern.



Irgendwie war das Ende schon abzusehen. Zehn Jahre früher hätte ich längst gekündigt gehabt, doch offenbar wird man mit zunehmenden Alter ängstlicher; man glaubt, etwas zu verlieren zu haben und schreckt vor entscheidenden Veränderungen zurück. Gerade jetzt, wo man sich endlich finanziell etwas erfangen hat, wo man sich endlich einen kleinen Luxus leisten, sich lang aufgesparte Wünsche langsam erfüllen könnte – gerade jetzt soll man alles hinschmeißen und einer ungewissen Zukunft entgegen sehen? Sollte man sich nicht doch zusammenreißen, sich selbst verleugnen, ganz ein-

reicht das aber nur zum Nötigsten (man muß ja auch Kredite zurückzahlen, das nächste Mittel, die Leute bei der Stange zu halten – die Verschuldung). Wenn dann einmal für etwas kein Geld da ist, werfe ich meiner Tochter vor, sie bräuchte zuviel und sie entgegnet, der Grund wäre, weil der Vater nichts arbeitet. Beide Äußerungen sind scherzhaft gemeint, aber in jedem Scherz steckt auch ein Körnchen Wahrheit. Wenn es schon in einer so politisch bewußten Familie wie meiner durch Geldmangel zu Andeutungen von Zwistigkeiten kommt, wie sollen da nicht in einer der üblichen österreichischen

Der Autor ist ungefähr ein Jahr arbeitslos. Er betrachtet dies aber nicht als „Schicksal“ – sondern als Gelegenheit, endlich sein Leben nach vieljähriger Bevormundung wieder selbst gestalten zu können. Als politisch bewußter Mensch hat er auch keinerlei Bedenken, sich vom Staat – mittels Notstandshilfe – aushalten zu lassen, ist der Staat doch nur ein Instrument, die Ausbeutergesellschaft zu sichern. Sich dem Ausbeutungsprozeß durch Verweigern entziehen, ist ein revolutionärer Akt und brächte dieses System in arge Bedrängnis, würden es genügend Leute tun.

Lieber Arbeitsscheu

fach immer „Ja“ sagen? Die Versuchung ist groß, viele kritische Menschen bleiben so hängen; ein klein wenig vom großen Kuchen abzugeben, ist die beste Taktik der Ausbeuter, die Anderen bei der Stange zu halten (übrigens ein Phänomen, das bereits im Tierreich auftritt – die Herrschenden brauchen sich da nichts auf ihre Schläue einbilden). Insofern war ich froh, daß mir diese letzte Entscheidung durch die Eskalation der Ereignisse abgenommen wurde. Ich wurde also nach mehrjährigem Ausbeutetwerden nicht mehr gebraucht und war arbeitslos. Und schon bekam ich die Auswirkungen der Arbeitslosenhetze gewisser Medien und deren Hintermänner zu spüren. Noch im Arbeitsverhältnis, aber freigestellt – wurde ich schon gefragt, ob ich bereits eine neue Arbeitsstelle gefunden hätte; andere Leute machten sich für mich Sorgen, wie ich mich und meine Familie in Zukunft ernähren würde und bei einer überraschend großen Zahl von Bekannten sank ich ziemlich in der Achtung – es gab auch einige, die den Kontakt ganz abbrachen. Mit einem Sozialschmarotzer will man halt nach Möglichkeit nichts zu tun haben. Schließlich pendelte sich das aber ein; ich war immer schon unabhängig, fand neue Freunde und mein Selbstwertgefühl litt darunter nicht. Ich kann mir aber lebhaft vorstellen, daß andere Schicksalsgenossen dadurch in gesellschaftliche Isolation und ins Wirtshaus getrieben werden. Viele Menschen haben neben der Arbeit auch keine anderen Bezugspunkte, teils weil die Arbeit und die Konsumgesellschaft das auch gar nicht zuläßt. Diesen Menschen fehlt bei Arbeitsentzug eine Möglichkeit sich selbst zu bestätigen und begleitet von der Verachtung der ehrbar Arbeitenden, sinkt dann auch die Selbstachtung. Ein großes Problem ist auch die finanzielle Lage. Ich habe relativ gut verdient und beziehe daher auch ziemlich viel Notstandsgeld. Trotzdem

Familien ernste Beziehungsschwierigkeiten auftreten? Arbeitslosigkeit hat schon viele Lebensgemeinschaften auseinandergebracht. Trotz Problemen ist Arbeitslosigkeit für mich erstrebenswerter als Hackeln, allerdings kann ich verstehen, daß Andere dadurch in existenzielle Schwierigkeiten geraten. Die Lösung kann aber nicht heißen „ARBEIT FÜR ALLE“ – dadurch würde die bestehende Ausbeutergesellschaft nur gefestigt werden. Das finanzielle Problem ließe sich durch ein arbeitsloses Grundeinkommen – eines, das ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, beseitigen. Das Lebensrecht erwirbt man sich mit der Geburt, nicht durch irgendwelche anderen Leistungen. Da man in dieser Gesellschaft aber Geld zum Leben braucht, hat diese Gesellschaft auch die Pflicht, JEDEM genug davon zur Verfügung zu stellen. Die persönlichen Schwierigkeiten lassen sich abschaffen, wenn Arbeit – oder besser gesagt Leistung (das sind zwei grundverschiedene Begriffe), endlich auf den Stellenwert herabgesetzt wird, der ihr zukommt. Nämlich ein (noch) unvermeidbares Übel zu sein, mehr schon gar nicht. Freilich, solch Gedankengut ist gewissen Kreisen nicht genehm und mit ihrer Macht und ihrem Geld wird das Image des Sozialschmarotzers fleißig aufrechterhalten. Dieser negativen Imagebildung entgegenzuwirken wäre eine lohnende Aufgabe der Gewerkschaften, die Möglichkeiten und Mittel hätten sie dazu. Wer aber am 1. Mai „DIE ARBEIT HOCH“ hält, ist eher an der Erhaltung der eigenen Struktur interessiert als an einer Verbesserung der Lage der Mitglieder. Doch wäre so ein Gewerkschaftskampf auch lediglich nur ein Zwischenschritt: Eine Station auf dem Weg zu einer Gesellschaft ohne Geld, Zwang und Ausbeutung. Einer echt menschenwürdigen Gesellschaft stellen sich die oben geschilderten Probleme erst gar nicht. ●

ter von ZAST — Christian Neugebauer und Michael Neugebauer — griffen Al Imfeld konsequent an. Michael Neugebauer deckte die Widersprüche innerhalb Imfelds Vortrag auf und verteidigte den revolutionären Charakter verschiedener Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika, Christian Neugebauer bezeichnete Imfeld als einen Kollaborateur des Apartheidregimes, den er mit den Worten faßte: "Wer die Apartheid als Dialog bezeichnet, an dessen Worten klebt Blut." Imfeld dementierte nicht oder suchte eine Korrektur, sondern widerholte mehrfach seine getroffene Aussage und ging, wie bei Pampalk, auf einen persönlichen Angriff über: ZAST sei nicht dialogfähig und radikal. Eine Replik wurde von Bernd Heindl mit dem lächerlichen Hinweis autoritär abgewürgt, es sei nunmehr schon wirklich Zeit zum Essen.

Feststellen muß man/frau, daß ein Großteil des Publikums den Vertretern von ZAST recht gab, offizielle VertreterInnen und einige ReferentInnen — vor allem die anwesenden AfrikanerInnen — gaben nur off the record der Kritik der Neugebauers recht, möchten sie aber nicht offiziell bestätigen, da sie repressive Maßnahmen durch Imfeld und Teile des ÖIE befürchten. So wollte sich Guido Rütthemann als treuer Diener von Al Imfeld andienen und ein Quasi-Tribunal gegen ZAST zu initiieren, um auch künftige KritikerInnen präventiv zum Schweigen zu bringen — wohl ist es Rütthemann daran gelegen, daß sein Aktion 8000-Arbeitsplatz im Nord-Süd-Verlag (Eigentum ÖIE) verlängert wird.

Die Veranstaltung hat nun deutlich gezeigt, daß der ÖIE nun auf katholische, pro-VP-Seite schwenkt, jedes kritische Denken in der Entwicklungspolitik abwürgen will und die Fachleute systematisch hinausdrängt um durch Inkompetente zu "ersetzen" trachtet (so z.B. der Hinauswurf von Walter Sauer). Das EPN wird derzeit von einer fast 100% unfähigen "Fachredaktion" gestaltet, die es nun schon seit zwei Jahren nicht schafft, eine fachlich einwandfreie und informative Nummer zu gestalten. Hier scheint sich ein opportunistischer und inkompetenter Vorstand eine unfähige Redaktion halten zu wollen, um bei der monatlichen Zensur ihre politischen Linien durchzudrücken; denn die RedakteurInnen können ja nichts sagen, sie wissen ja meist nichts oder haben schnell ein paar Meldungen aus Zeitungen abgeschrieben. Es vergeht ja kaum eine Nummer, wo nicht das EPN einer Flut von LeserInnenbriefen gegenübersteht, die ihre Schnitzer auflisten.

Derartige Schwächen reflektiert schließlich die Veranstaltung: KatholikInnen und SozialromantikerInnen haben Hochkonjunktur bei einem intellektuell bankrotten ÖIE, der mehr und mehr zu einem Anwalt des Neokolonialismus wird.

Irgendwo stellt sich die Frage nach der Solidarität mit dem ÖIE, vor allem wenn er sich nicht deutlich von Al Imfeld und

dessen Apartheid-Propaganda und Hetze gegen Soli-Bewegungen distanziert. Unter der Decke des Meinungspluralismus wird das nicht einfach abgehen, denn dies ist Pluralismus in die verkehrte Richtung: Das nächste Mal läßt der ÖIE gleich die Klerik reden, um den Meinungspluralismus zu wahren.

Die restlichen Tage waren überschattet von der Diskussion über Imfelds Aussagen und die Auseinandersetzung zwischen ZAST und Imfeld, denn sonst gab es ja kaum etwas zu diskutieren, da man/frau bei den ÖIE-Veranstaltungen sowieso nicht mitreden dürfte. Kein Wunder, daß am letzten Tag kaum mehr als 40 Leute anwesend waren. Die Abstimmung mit den

Füßen war deutlich, denn Mitspracherecht, Demokratie und Kritik scheinen beim ÖIE schon längst nicht mehr gefragt zu sein. Was blieb einem anderes übrig, als zu gehen.

ZAST kündigte ein großes Imfeld-Editorial für die Nr. 5 an, wo auch seine Werke etc. konsolidiert und einer Kritik unterworfen werden. Auch das AAB-Bulletin plant eine grundsätzliche Stellungnahme.

Resümee ist, daß man/frau klar weiß woran man/frau mit Imfeld und dem ÖIE ist; die Geschichte über die SÜDWIND-Buchhandlung im letzten Tatblatt ist kein Einzelfall, sondern die Strategie eines Rollback. Zur Diskussion steht die weitere Solidarität mit dem ÖIE und seinem Wohin.

Stellungnahme

(Südwind)

Im TATBLATT Nr minus 84 vom 3. Oktober 1989 brachten Sie einen Beitrag über den »Südwind«.

In diesem Artikel stimmen so gut wie alle »Tatsachen«-Behauptungen nicht. Wir ersuchen Sie um Abdruck dieser Stellungnahme. Wir lehnen es ab, andere uns offen stehende Möglichkeiten zu nutzen, weil wir solidarische Formen des Umganges unter gesellschaftskritisch Engagierten anzuwenden wünschen.

Wir gehen im Folgenden lediglich auf einige uns wichtig erscheinende Fragen ganz kurz ein und bitten alle Interessierten, die einen umfassenden Einblick wünschen, sich bei uns zu melden. (SÜDWIND 1030 Wien, Baumgasse 79, Telefon: 78 83 75 Hr. BURDA). Wir werden bemüht sein, genauestens Auskunft zu geben.

Der SÜDWIND ist als Dienstleistungsbetrieb für die gesamte Dritte Welt Bewegung in Österreich gegründet worden. Er kan diese schwierige Aufgabe längerfristig nur erfüllen, wenn er mindestens kostendeckend wirtschaftet. Das war in den mehr als vier Jahren seiner Geschichte bis jetzt nicht der Fall. Obwohl große Fortschritte zur Erreichung dieses Zieles gemacht wurden, befindet sich der SÜDWIND immer noch tief in der Verlustzone, wenn die gesamten Kosten berücksichtigt werden.

Trotz dieser schwierigen Situation war die Bezahlung der Mitarbeiter deutlich besser, als sie im Buchhandel üblich ist. In Zeiten, in welchen noch Hoffnungen auf eine bessere Ertragslage bestanden, waren Gehälter vereinbart worden, die bei einzelnen Mitarbeitern bis zu mehr als 4.000.— Schilling über dem Kollektivvertrag lagen, während gleichzeitig andere Mitarbeiter (zB die Lehrlinge) nur nach dem Kollektivvertrag bezahlt wurden.

Zu diesem Bild gehört noch, daß mit Ausnahme des allerersten Geschäftsführers, bis zum heutigen Tage kein handelsrechtlicher Geschäftsführer und kein Mit-

glied des Aufsichtsrates ein Gehalt oder eine Aufwandsentschädigung vom SÜDWIND erhalten haben.

Geschäftsführung und Mitarbeiter unternahmen alle nur möglichen Anstrengungen, um die Kosten zu reduzieren (zB Aufgabe von zu teuren Büros) und um die Erträge zu steigern (zB Aufbau neuer Geschäftsbereiche). Trotz dieser Verbesserungen blieb die Lage immer noch existenzbedrohend, da bei der schmalen Kapitalbasis auch schon relativ kleine Verluste bedrohlich sein können.

In dieser Situation hat der Aufsichtsrat und der Geschäftsführer mehr als 18 Monate lang Diskussionen mit den Mitarbeitern geführt und nach Konsenslösungen zur Verbesserung der innerbetrieblichen Arbeitsweisen und zur einvernehmlichen Reduzierung der Personalkosten gesucht. Obwohl es zu keinen solchen Vereinbarungen gekommen ist, hat die Firma SÜDWIND — im Gegensatz zur Behauptung im TATblatt — KEINEN EINZIGEN Angestellten gekündigt.

Vielmehr haben einige Mitarbeiter selbst gekündigt (Schwangerschaft und der Eintritt in den Mutterschutz scheint für Sie zu den unfreiwilligen Austrittsgründen zu zählen.... und Lehrlinge gehören anscheinend auch nicht zu Mitarbeitern.). Jedoch hat der Geschäftsführer alle diese Kündigungen in für die Mitarbeiter günstige einvernehmliche Regelungen umgewandelt. In einem Fall wurde sogar freiwillig die Abfertigung ausbezahlt. Daß die frustrierende innerbetriebliche Situation das Ausscheiden der Mitarbeiter aus dem Betrieb motivierte, bestreiten wir nicht.

Wir bedauern die eingetretene Entwicklung, werden aber alles daran setzen, unsere Arbeit für die Dritte Welt Bewegung fortzuführen und nach Möglichkeit noch zu verbessern.

Ulrich Trinks
Vorsitzender des Aufsichtsrates
Gerhard Burda
Geschäftsführer

Kurzmeldungen Afrika

GHANA

(zast)

Flt. Lietneut J.R.Rwalings und seine PNDC-Regierung (Provisional National Defence Comitee) akzeptieren ein vom IWF oktroyiertes "Reformprogramm" des ghanaischen Bildungswesens, das unter Kwame N Krumah für ganz Afrika Vorbildfunktion hatte. Die "Reform" geht wie IWF-Programme zu Lasten der ärmsten Schichten. Die Hauptpunkte sind: Stipendien werden künftig als Darlehen vergeben, die zurückbezahlt werden müssen, für universitäre Dienstleistungen werden Gebühren eingehoben und ein 30%iger Personalabbau wurde eingeleitet. Der Anteil der Ausgaben für Schul- und Bildungswesen am Bruttoinlandsprodukt wurde von 6,4% (1976) auf 1% herabgesetzt. Real wurden die Ausgaben um rund 75% gesenkt, was zu einem Kollaps des ghanaischen Bildungswesens führen wird. Die StudentInnen kündigen Proteste und eine Neubelebung des landesweiten Unistreiks vom Sommer 1988. Der TUC (Trade Union Congress) sagte dafür den StudentInnen seine Solidarität zu. Das PNDC befindet sich derzeit in einer schweren Legitimationskrise.

NAMIBIA

(zast)

1200 Mitglieder der berüchtigten KOEVEOT-Truppen, die seit 1978 für den Kampf gegen die SWAPO spezialisiert worden sind, wurden im September 89 aus Nordnamibia abgezogen. Jedoch hat dieser Abzug einen Schönheitsfehler, da der von Südafrika eingesetzte General-Administrator L.Pienaar diese 1200 Mann in die South West African Police einband, womit diese sich noch immer in Namibia bewaffnet, nun mit UN-Autorität, befinden. Die UN scheint weiterhin, wie schon in TATBLATT Nr. —89 berichtet, ihre Politik der Benachteiligung der SWAPO fortsetzen zu wollen.

NIGERIA

(zast)

Der Präsident der National Association of Nigerian Students (NANS), Lukman Salilu Mohammed, wurde von der SSS in Lagos ohne Angabe von Gründen verhaftet. Damit verschärft sich weiter der Konflikt zwischen den StudentInnen, der Gewerkschaftsbewegung und dem Militärregime Babangida (siehe Berichte in TATBLATT Nr. -88 und Nr.-86). Die Universitäten sind weiterhin geschlossen, bei den Universitäten ABU (Zaria), Obafemi Awolowo University und University of Port Hacourt zogen schwere Panzerverbände auf.

Fortsetzung von Seite 1

Die Sterne stehen günstig

Wenn die Jupitersonde *Galileo* nicht bis November installiert ist, verzögert sich der Start wegen der Stellung der Gestirne um weitere 19 Monate.

(TATblatt-Wien)

Galileo, die nach dem Challengerabsturz neu programmiert werden mußte, besitzt zwei sogenannte radio-isotop-thermoelektrische Generatoren (rtg's) mit



dem radioaktiven und äußerst giftigen Pu^{238} .

Plutonium, ein α -Strahler verbrennt zu feinen Staubpartikeln, sobald es mit Luft oder Wasser in Berührung kommt, zu sogenannten Aerosolen. Gelangt auch nur ein Millionstel Gramm in die menschliche Lunge, löst es Lungenkrebs aus, da es sich in der Schleimhaut festbrennt. Es wird angenommen, daß die Menge Plutonium, die Lungenkrebs verursacht, so gering ist, daß sie nicht ermittelt werden kann. Zusätzlich zu der radioaktiven Gefährdung ist Plutonium aber noch hochgiftig (vergleichsweise 140 000mal giftiger als Zyankali).

Galileo soll zunächst die Venus erkunden und dann bei zwei riskanten Vorbeiflügen an der Erde genügend Gravitationsenergie holen, um den Weg zum Jupiter zu schaffen. Jedoch gab es bereits in der Vergangenheit auf amerikanischer und russischer Seite Pannen mit rtg-Generatoren (1964, 1968, 1970, 1978, 1982), bei denen Radioaktivität freigesetzt wurde. Die NASA behauptet jedoch, die rtg's seien unzerstörbar und damit absolut sicher, da sich doch die Kosten auf 20 Mrd. ÖS beliefen.



Stapozist des Halbmonats
Typ: Jung, sportlich, dynamisch

BRD: Die ungebrochene Unterdrückung der Sinti und Roma

(verkürzt entnommen aus: »Gegen die Strömung«; Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands)

Am 2. Oktober räumten zwei Hundertschaften der Polizei auf Geheiß des Hamburger SPD-Innen-senators das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme bei Hamburg. Dort hatten seit Ende Juli zeitweise mehrere hundert Roma gegen die drohende Abschiebung von rund 1500 vor allem aus Jugoslawien geflüchteten Roma protestiert und damit ihrer Forderung nach einem Bleiberecht Nachdruck verliehen.

Die gewaltsame Räumung war nur der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Schikanen seitens der Hamburger Behörden, der anschließende Demonstrationen zugewandt wurde durch massive Polizeikräfte vom Hamburger Rathaus ferngehalten. Auch in Köln hatten sich in den vergangenen Monaten Roma gegen die angedrohte Abschiebung durch die Behörden des westdeutschen Imperialismus gewehrt.

Die westdeutschen Behörden nutzen dabei — unterstützt durch die Presseorgane — die vorhandenen tiefstehenden Vorurteile gegen die als »ZigeunerInnen« beschimpften Sinti und Roma aus.

DIE UNGEBROCHENE TRADITION DES RASSISMUS GEGEN SINTI UND ROMA

Über eine halbe Million Sinti und Roma wurden von den Nazis systematisch ermordet. Die Umsetzung der Ideologie der Nazis vom angeblich »unwerten Leben« bedeutete in der Praxis: systematisches Ausforschen, Erfassen, systematisches Verhaften und Deportieren, systematisches Ermorden.

Eine der Voraussetzungen für diese mörderische Praxis der Nazis waren die über die Jahrhunderte in Deutschland verbreiteten Vorurteile gegenüber den so bezeichneten »ZigeunerInnen«, angeblich herumziehenden GaunerInnen, die neben Diebstahl, Spionage usw. natürlich auch für alle sonstigen schlechten Dinge der Welt verantwortlich gemacht wurden.

Die Nazis arbeiteten nicht nur mit barbarischem Terror gegenüber der ArbeiterInnenklasse in Deutschland, sie versuchten auch — leider mit großem Erfolg — durch Demagogie sich selbst eine Massenbasis zu verschaffen. Um erfolgreich die drohende sozialistische Revolution zu verhindern, die Macht ihrer eigentlichen Auftraggeber — das Kapital in Deutschland — zu festigen und auszuweiten, mußten die Nazis den »Deutschen« schmeicheln; sie hofieren. Sie mußten den deutschen Chauvinismus ausbauen, und den nicht revolutionären Teilen der Massen immer und

immer wieder einhämmern, daß »Deutsch-Germanisch-Sein« angeblich heißt, etwas Besseres zu sein. Ein wesentliches Mittel dabei war es, einen »Sündenbock« für die miserable wirtschaftliche, politische und soziale Situation der Werktätigen zu präsentieren. Tatsachen interessierten die Nazis dabei überhaupt nicht.

Ihre Konstruktion einer »arischen Rasse«, ihre Theorien vom »deutschen Blut« und ähnlichen Unsinn sollte den rückständig gehaltenen Massen einreden, daß sie etwas Besseres, zu Höherem Berufenes seien, gegenüber jenen Menschen, die angeblich anderen »Rassen« angehörten.

Zwei große Bevölkerungsgruppen innerhalb Deutschlands wurden herausgegriffen: Die jüdische Bevölkerung in Deutschland und die sogenannten, genauer gesagt: so beschimpften »ZigeunerInnen«. Mit den Nürnberger »Rassengesetzen« von 1935 wurden sie als Beispiele benutzt, um die angebliche »Überlegenheit« der deutschen »Herrenmenschen« und der »arischen Rasse« sogar in Gesetzen festzulegen.

Trotz vieler existierender Unterschiede der Hetze gegen die jüdische Bevölkerung (hier wurde u.a. gerade auch auf die über Jahrhunderte praktizierte antisemitische Hetze der Kirchen zurückgegriffen) war in einem wesentlichen Punkt die Praxis der Nazis gegenüber den so beschimpften »ZigeunerInnen« die gleiche: Sie wurden nicht nur als »minderwertig« eingestuft, und als »Untermenschen« bezeichnet. Vor allem aber wurde das geschichtlich einzigartige Programm eines staatlich organisierten, administrativ durchgeführten und militärisch abgesicherten Völkermords an 6 Millionen Juden/Jüdinnen und über 500.000 Sinti und Roma in die Praxis umgesetzt.

Schon im 15. Jahrhundert wurden von den damals Herrschenden die als »ZigeunerInnen« beschimpften Angehörigen des Volkes der Roma für »vogelfrei« erklärt.

In der Zeit der Weimarer Republik wurden nach jahrhundertelanger Diskriminierung die entscheidenden Weichen gestellt. 1926 wurde durch ein »Zigeuner-

und Arbeitsscheuengesetz« die Erfassung aller persönlichen Daten der deutschen Sinti und Roma eingeleitet, im November 1927 die Registrierung sämtlicher Fingerabdrücke angeordnet und durchgeführt.

Dies war eine wesentliche Voraussetzung, um den Nazis die Massenverhaftungen ab 1936 und die Deportationen zu erleichtern. Es zeigt deutlich, wie die zwei Formen der Herrschaft der deutschen Imperialisten, die bürgerliche Republik und die Nazi-Diktatur, aufeinander aufbauten, wie aus der Realität der Diskriminierung und Verfolgung dann die Realität des Völkermordes wurde.

AUSSCHWITZ-BIRKENAU

Das größte Vernichtungslager der Nazis wurde einer der berüchtigsten Orte der Ermordung auch der deutschen Sinti und Roma durch das von den Nazis extra dafür eingesetzte Giftgas Zyklon B.

In einer besonderen Abteilung dieses Vernichtungslagers, dem sogenannten »Zigeunerlager«, wurden in der Nacht des 2. August 1944 die letzten Häftlinge, über 3000 Alte, Kranke, Mütter und Kinder in der Nacht innerhalb weniger Stunden in der Gaskammer ermordet.

Die Kinder wurden mit Knüppel und Peitschen unter den Betten hervorgetrieben, wo sie sich vor der Ermordung verstecken wollten. Die Älteren, die sich wehrten, wurden an Ort und Stelle niedergemacht, die Schreie »Mörder, Mörder« schallten über das Gelände.

Auschwitz-Birkenau: 90% der dort registrierten 21.000 Sinti und Roma aus elf europäischen Ländern wurden ermordet.

...NACH 1945

Keiner der für den Völkermord Verantwortlichen wurde nach 1945 in Westdeutschland wirklich bestraft. Vielmehr erhielten sehr viele der »Spezialisten« der Nazi-Posten in der neuen BRD, um unter neuen Bedingungen die von den Nazis so benannte angebliche »Zigeunerplage« weiter zu bekämpfen. So »bearbeiteten«

zum Teil die einstigen Mörder und Helfeshelfer nach 1945 die Anträge der überlebenden Sinti und Roma auf Wiedergutmachung... was natürlich reihenweise Ablehnungen bedeutete.

Die deutschen Sinti und Roma leben seit 500 bzw 100 Jahren in Deutschland. Ihre Nachfahren, die heute noch 50.000 bis 60.000 Sinti und Roma kämpfen nach wie vor um ihre Gleichberechtigung und um Anerkennung als von den Nazis »aus rassischen Gründen Verfolgte«.

Doch nicht nur die deutschen Sinti und Roma sind den diversen Diskriminierungen ausgesetzt. Die jugoslawischen Roma in Köln und Hamburg, die gegenwärtig einen von Verzweiflung geprägten Kampf

um eine Bleibe führen, werden doppelt und dreifach unter Druck gesetzt.

Zunächst einmal werden sie als »ZigeunerInnen« beschimpft. Abgesehen davon, daß es für eine Bewertung der berechtigten Anliegen völlig unerheblich ist, muß dennoch festgestellt werden, daß das von Presse und Fernsehen verbreitete Klischee von den »umherziehenden ZigeunerInnen« nicht der Realität entspricht. Über 90% der deutschen Sinti und Roma haben längst einen festen Wohnsitz, entsprechen also ganz und gar nicht den Vorstellungen des/der deutschen Spießbürgers/in. Nun ergibt sich für die Hetze der Medien die Möglichkeit, »echte ZigeunerInnen«, eben die Roma aus Jugoslawien

vorzuführen.

Weiteren Diskriminierungen sind sie als AsylbewerberInnen ausgesetzt. Zu den eingepägten Vorurteilen gegen die als »ZigeunerInnen« Beschimpften, kommt nun die jahrelange Hetze gegen alle AsylbewerberInnen. Gerade wo das Schauspiel der »DDR-Flüchtlinge« durch die Medien publikumswirksam aufbereitet und verbreitet wird, passen Tausende von verfolgten Roma nicht in das Westdeutschland der 80er Jahre.

Wir müssen klar machen: Es sind Überlebende des Völkermords, von den PseudokommunistInnen in Jugoslawien politisch Verfolgte, Menschen, die wissen, was Ausbeutung und Unterdrückung ist.

BUCHBESPRECHUNG

Eduard Gugenberger, Roman Schweidlenka

MUTTER ERDE; MAGIE UND POLITIK

zwischen Faschismus und neuer Gesellschaft

322 Seiten, ÖS 298. — Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, 1987

(TATblatt-Wien)

"Um aber zu beweisen, daß die Grünen schlimmer sind, nämlich voll nationalsozialistischen Gedankengutes, gibt's einen hochsubventionierten Forschungsauftrag, den Univ. Prof. Dr. Erika Weinzierl, über jeden Verdacht erhabene Doyenne der Zeitgeschichte, unbegreiflicherweise durchzuführen bereit scheint", wußte Günther Nennung schon Juli 1985 im "Profil" über die Intention dieser Arbeit zu berichten.

Eduard Gugenberger und Roman Schweidlenka, die Autoren der Studie sind aktiv beteiligt am AK Hopi, der neben der politischen Arbeit auch die Urkulturrezeption und die Verbreitung eines spirituellen Naturbewußtseins fördert. Beide wirkten auch bei der Entstehung des Buches "Unser Ende ist Euer Untergang" von Alexander Buschenreiter 1982/83 mit. Dabei zeigten erste Quellenforschungen, daß ein großer Teil der in der Alternativszene gelesenen Literatur über eine naturnahe Spiritualität mit reaktionären, völkischen oder gar nationalsozialistischen Inhalten verweben war. — Von daher auch der Impuls, sich eingehend mit dieser Thematik zu befassen. — Wertfrei, wie die Autoren in der Einleitung betonen, was ihnen — zum Glück — nicht immer gelingt; wenn sie etwa über den Höhepunkt des Zweitler Kelten-Kongresses (1984), ein großer "Sommernachtstraum", schildern: "Die Hoffnung, hier könnte sich — wie von den Veranstaltern angesprochen — ein 'neues Umweltbewußtsein' manifestieren, schwand bereits angesichts der im ausgetrockneten Wald aufgestellten Kerzen. Als die in einer Ecke des Lichtenfelder Stau-

sees zusammengepferrchten rund 300 Gäste schließlich mit Chemie-Feuerwerk konfrontiert wurden — manch einem kamen dabei unfreiwillig die Tränen —, war diese Hoffnung völlig dahin. Die anschließende Verbrennung einer vorher mit Benzin übergossenen, deutlich weiblichen Strohfigur am See empfanden sehr viele TeilnehmerInnen als gegen sich gerichtet — da halfen auch anderslautende Beteuerungen der Veranstalter nichts."

Manchmal reicht aber der Humor der beiden Autoren nicht mehr aus: "Mit einem flauen Gefühl in der Magengrube haben wir im Rahmen unserer zeitgeschichtlichen Feldforschung bei der 'Esoterischen Tagung' in Hallein und am Kongreß 'Der Geist des Friedens' in Amsterdam beobachten müssen, wie auch die 'Lehrer' genannten 'spirituellen' New Age-FührerInnen okkult fundierte Zeremonien 'von oben' inszenierten. Dabei konnten sie das Verhalten der New Age-rInnen — von Massenekstase bis zur Meditation — relativ mühelos lenken. Ein selbstbestimmtes aktives Mitgestalten der Menschen ist im Rahmen derartiger Massenrituale nicht eingeplant — und war es auch nicht bei den auf okkulten Grundlage inszenierten Massenaufmärschen des Dritten Reiches."

Persönliche Stellungnahmen der Autoren finden sich selten; und wenn, dann indirekt, wie in den beiden Textstellen. Die Autoren zeichnen äußerst "sauber" (über 1400 Quellenhinweise) ein sehr differenziertes Bild der naturreligiösen und esoterischen Bewegungen. So unterscheiden sie etwa innerhalb des oben schon angesprochenen New Age politisch-

emanzipative VertreterInnen — etwa Morris Bergman — von theosophisch fundierten New Age-ProphetInnen wie Sir George Trevelyan und David Spangler, nach denen die "alten Menschen" — natürlich nach Gottes liebevollem Plan — per Krankheiten, Hungersnöte, Kriege und Katastrophen beseitigt werden, und Mitleid mit ihnen ist für eineN "starkeN" und "reineN" New Age-rInnen nicht angebracht, der/die als Mitglied der neuen ausgewählten Lichttrasse die "neue Erde" nach dem (auch gewaltsamen) "Ableben" der "alten Menschen" besiedelt wird.

Dabei beschränken sich die Autoren nicht auf ein umfassendes Literaturstudium — die Bibliographie enthält über 600 Titel —; sie betrieben "zeitgeschichtliche Feldforschung": sie besuchten Menschen, Gruppen und Seminare, führten 40 Interviews durch, schickten 700 Briefe und Postkarten aus, um Gruppenselbstdarstellungen und Zeitschriften zu erhalten.

Und das Buch zeigt seine Notwendigkeit: Es dokumentiert den vorherrschenden Trend zum apolitischen "Weg nach innen": von 367 analysierten Gruppen gaben ganze 29 aktive Unterstützung für IndianerInnen und/oder grundsätzliches politisch-humanitäres Engagement an; 56 hatten Kontakte zu Personen des rechtsextremen bzw. aristosophischen Lagers. Meist sind Verbindungen zu bzw. beginnende Vereinnahmungen durch rechtsextreme Gruppen/Ideologien nicht Ausdruck eines politisch entsprechenden Bewußtseins, sondern eines akuten Informationsmangels; wenn etwa die Autoren in einer Zeitschrift über UFOs ein vom rechtsextremen Grabertverlag herausge-

gebenes Flugblatt, das zur "Deutschen Einheit" aufrief, finden und als Erklärung erhalten: "Das Flugblatt zur Deutschen Einheit habe ich auf Wunsch eines Lesers verschiedenen Heften beigelegt. Warum soll der Leser nicht auf seine Art werben? ... Deutsche Einheit — oder welche auch immer — jedenfalls Einheit ist doch immer gut. Oder ??"

In Irminsul 1/85, der Zeitschrift der Armanenschaft unter der Leitung von "Großmeister" Adolf Schleipfer und seiner Frau, der "Hohepriesterin" Sigrun Schleipfer-Friese, findet sich ein Aufruf zur "rechten" Unterwanderung der Grünen: "Löst doch den NDP-Haufen endlich auf! Was Besseres könnte gar nicht passieren! Geht in die Basis! Arbeitet bei Grünen, Alternativen, Nationalrevolutionären usw. mit. Bringt dort euer Wissen ein." Was Adolf Schleipfer kommentiert mit: "Und wenn man Rechte dort nicht will, sagt ihnen, daß das Ziel 'grün' ist und nicht rot ...". Feministischen Kreisen zeigt Schleipfer die Seite: "Da unsere Vorfahren mit Recht die Frauen fast göttlich verehrten, wegen ihrer stärkeren und tieferen Beziehung zum Göttlichen, wünschen wir ebenfalls, diese Rolle der Frau wiederzugeben." — Zumindest einen Bielefelder Wicca-Coven (Hexenkreis) konnte Sigrun Schleipfer für ihre Weltanschauung gewinnen. Luisa Francia, die wohl bekannteste Hexe im deutschen Sprachraum, hält allerdings von Schleipfers "Sonnenideologie mit ihrem ganzen arischen Scheiß" reichlich wenig.

Verdammt! — Das wird keine Rezension, sondern eine Aneinanderreihung von Buchauszügen, die zu wichtiges enthalten, als daß ich mich darauf verlassen möchte, sie finden über dieses Buch genügend Öffentlichkeit. Aussichtslos, alles was ich vor hatte, hier unterzubringen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich Graf Arnold Keyserling vom "Kriterion", zugleich Präsident der Humanistischen Psychologie in Europa, der an der Hochschule für angewandte Kunst unterrichtet; eine Schlüsselfigur der Szene. Seit 1986 bildet er in einjährigen "Lehrlingskursen" "Gesellen" für das "indianische Netzwerk" ua. an der Hochschule für angewandte Kunst aus. Kostenpunkt: 2.000 S im Monat. Die "Gesellen" verpflichten sich für neun Jahre, innerhalb Europas ihr Wissen, Können und ihre Erfahrung weiterzugeben, zB. die Volkshochschulen anzusprechen. Das "indianische Netzwerk" wird als "brauchbares Trägermodell" angesehen, um alle anderen New Age-Netzwerke und

Gruppen zu vereinen und "tiefgreifende sozialpolitische Veränderungen" zu bewirken; um dies zu erreichen, darf nicht "vor allen an den bestehenden Mißständen gearbeitet werden, sondern an einem 'ganzheitlichen Positivismus'".

Keyserling holte auch Harley Reagan Swift Deer nach Wien, der sowohl als "Cherokeemedizinmann" als auch als "Metis Häuptling" auftritt; im indianischen Amerika aber erst durch seine Auftritte im deutschen Sprachraum bekannt wurde. Swift Deer ist Kettenraucher, Akademiker und hochdekorierter Vietnamveteran, der sich neben der Verwandtschaft mit Ronald Reagan auf seine Lehrer "Don Juan" und "Don Genaro", den literarischen Figuren aus Castanedas Romanen, beruft. Dabei bewies Richard de Mille 1980 handfest die Nichtexistenz des Don Juan und daß Castanedas "ethnologische Feldforschung" in der Universitätsbibliothek stattfand. Davon scheinbar unbeeindruckt haben sich Swift Deer-SchülerInnengemeinden im gesamten deutschen Sprachraum, Italien und England gebildet. Graf Keyserling ist zum Europarepräsentanten des "indianischen Magiers" befördert worden.

Unter anderem verbreitet sich Swift Deers Einfluß über die derzeit hoch im Kurs stehenden Schwitzhüttenrituale. So zieht der Swift Deer-Schüler und mit dem "Institut für ganzheitliche Psychologie" (Niedersohren/Hunsrück) eng kooperierende "Mountain Moon Walker" alias Helmut Christoph durch die Lande mit dem Angebot "In der Schwitzhütte ... kommst du wieder in Kontakt mit Mutter Erde und darfst dort alles abgeben, was dich belastet."

Die Autoren sprechen angesichts des Eindringens des Swift Deerismus ab 1987 in die oberen Ränge der internationalen High Society (ua. Prinz Philipp von England) vom "esoterischen Imperialismus". Auch sehen sie eine Verbindung und Zusammenarbeit der "Plastikmedizinmänner", ihrer FörderInnen, PropagandistInnen und damit auch ihrer AnhängerInnen mit (äußerst) weit rechts stehenden Okkultgruppen sich abzeichnen.

Dem Nationalsozialismus, insbesondere dessen okkulten Seite, widmen die Autoren ein eigenes Kapitel. Erwähnt ist die große, von Hermann Göring und Heinrich Himmler propagierte Tibet-Expedition und unterschiedliche Spekulationen über das Bestehen einer okkulten Achse Berlin-Lhasa. — Und daß der Dalai Lama, eine zentrale Kultfigur der gegenwärtigen

New Age-Bewegung bislang nichts dazu äußerte, dafür aber die vom "Großvater des New Age", Graf Keyserling in der Beatushöhle bei Interlaken eröffnete "Planetaire Regenbogenzeremonie" absegnete (1985). Übrigens, Himmlers Lieblingsbuch war die Bhagavad Gita, die "Bibel" der HinduistInnen. Die 1918 von Theosophen und Ariomystikern gegründete Thule-Gesellschaft, die die Nazi-Ideologie entscheidend mitprägte und der (national-)politisch und gesellschaftlich fundierte Persönlichkeiten angehörten, hörte auch nach 1945 nicht zu existieren auf und dient heute als "Thule-Seminar" der Verbreitung der Ideen der "Nouvelle Droite" (Neue Rechte Frankreichs) in der BRD.

Was der/die LeserIn in dem Buch ua. noch findet:

Über den bei der Neuen Rechten Frankreichs und Italiens besonders populären "magischen Faschismus des Julius Evolas"; über Hermann Wirth's "nationalsozialistisches Matriarchat"; über die theosophische Wurzelrassenlehre und Steiner's anthroposphische Variante; über "esoterische Ufologie" und "Neue Akropolis"; über Dipl.-Psych. Thorwald Dethlefsen, der teuerste Esoteriker im deutschen Sprachraum, der sich vor allem um spirituell ausgehungerte Manager kümmert; über den "Ökofaschismus" des Herbert Gruhl und was der "Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL), Konrad Lorenz und Bernhard Grzimek damit zu tun haben; über den Nationalrevolutionär Henning Eichberg, der sich — mit Erfolg — bemüht, "Linken" eine "esoterische Wiedervereinigung" Deutschlands nahezubringen; Marcos und Transzendente Meditation; über die "uralte" Runentradition, die sich nur bis 1902 zurückverfolgen läßt ...

Abgegangen ist mir ein Personenregister und ein Verzeichnis der im Text aufscheinenden Gruppierungen. Beides hätte mir die Orientierung wesentlich erleichtert. — Vielleicht in der nächsten Auflage, die ich dem Buch und den Autoren wünsche.

Übrigens: Roman Schweidlenka (Historiker) stellt am Montag, dem 4. Dezember, im IWK (Wien 9, Berggasse 17/1) sein neuestes Buch "Altes blüht aus den Ruinen" vor; mit Beiträgen über Findhorn, New Age in der UNO, den New Age-Flirt der konservativen Parteien, New Age in Wirtschaft und Management, die New-Age-Unterwanderung der grün-alternativen Bewegung und den Verdummungsstrategien des neuen Bewußtseins.

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

<p>papierTIGER Das andere Papier.</p>	<p>WIEN 1020 Springerg. 1 Tel. 2166305</p>	<p>WIEN 1070 Schottenfeldg. 53 Tel. 964307</p>	<p>GRAZ 8010 Glacisstr. 23 Tel. 832703</p>	<p>LINZ 4020 Waltherstr. 2 Tel. 283420</p>
--	---	---	---	---

Der FI-Schalter im Haus erspart den Totengräber!

(Brigitte N.)

Es ist wirklich beruhigend, zu wissen, daß sich nun neben diversen Frauenorganisationen auch die Werbeindustrie um mißhandelte (Ehe-)frauen kümmert. Gemeinsam mit der Firma Schrack hat sie sich eine aufwendige Werbekampagne geleistet, um endlich *das* Mittel gegen Männergewalt allen Bürgerinnen dieses Landes vorzustellen.

Habe ich Sie neugierig gemacht? Glauben Sie etwa gar an einen billigen Werbegag?

Falls Sie zu den Wenigen gehören, die noch nichts von diesem Wundermittel wissen, will ich Sie nicht länger auf die Folter spannen und Ihnen das Geheimnis verraten.

Ein simpler FI-Schalter (=Fehlerstromschutzschalter) kann Ihrem Mann (Freund) die Lust auf einen Mordversuch gründlich verderben.

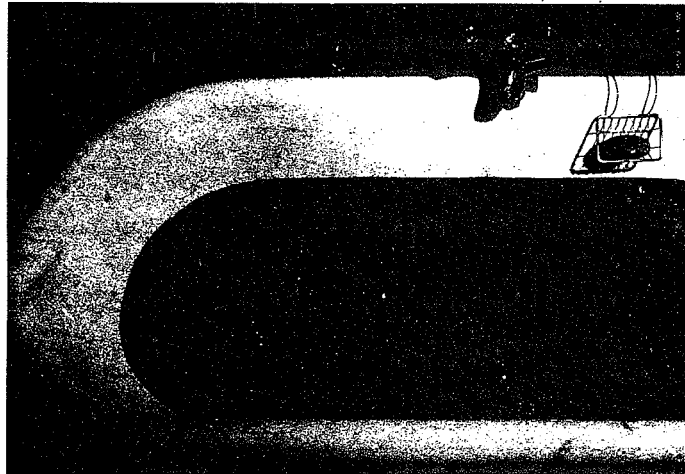
Wenn Ihr "Liebster" dazu neigt, unter Strom stehende Elektrogeräte in die Badewanne zu werfen, während Sie sich in derselben befinden, kann Ihnen ab nun nichts mehr passieren — vorausgesetzt, Sie haben einen FI-Schalter in Ihrem Sicherungskasten.

Innerhalb von 4/100 Sekunden unterbricht dieser kleine Freund und Helfer nämlich den Stromkreis in Ihrer Wohnung und Sie können den Mordversuch unverseht überleben.

Na, sind das nicht freudige Aussichten? Nie mehr Angst beim Baden, endlich Ruhe vor lästigen Attentaten Ihrer Männer (Freunde).

Sie sehen, es gibt doch noch jemanden, der sich um uns Frauen kümmert!

Ich bin sicher, daß auch gegen andere Mißhandlungs- und Tötungsarten noch ein Schalter gefunden wird, wenn sich so kom-



Werner W. verrechnete sich. FI-Schalter reagierte in Hundertstelsekunden. Vorarlberg, St. Gallenkirchen, 1. 12. 1988. Es war nicht der erste Ehekrach. Doch an diesem Abend gingen bei Werner W. die Sicherungen durch. Er warf den laufenden Fön in die Badewanne, in der seine junge Frau (19) saß. Doch womit er nicht gerechnet hatte: Sein FI-Schalter von Schrack reagierte innerhalb von 4/100 Sekunden und unterbrach damit den Stromkreis in der Wohnung (Vorarlberger Kurier vom 5. Dezember 1988). Der Sachverständige Ing. Wilhelm Brugger aus Thüringen dazu: „Der im Haus der Familie W. installierte FI-Schalter 40-4-0 1A von Schrack hat so rasch ausgelöst, daß der jungen Frau kein körperlicher Schaden zugefügt wurde.“ Auch in den kleinsten Geräten von Schrack stecken große technische Leistungen, die Menschenleben schützen. Wer an Utopien nicht glaubt, muß sie realisieren.

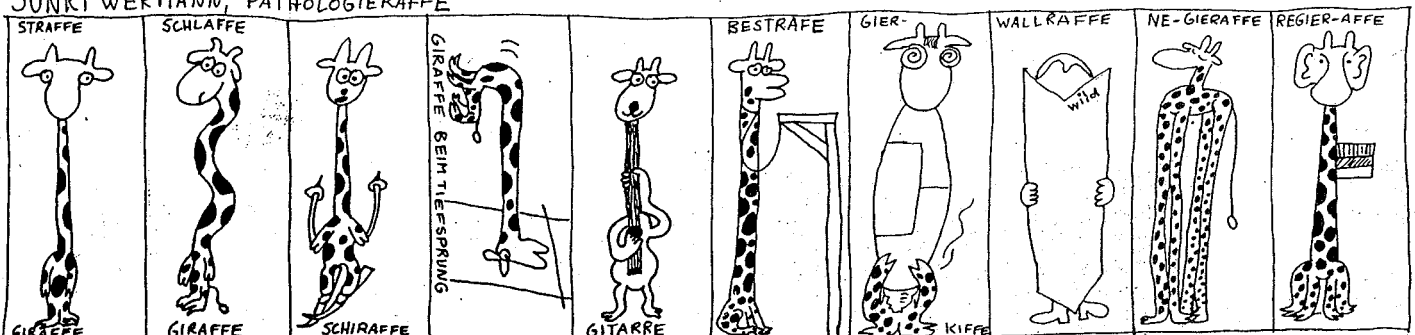
SCHRACK
COMPONENTS

petente Stellen wie die 'Young & Rubicam' Werbeagentur und die Firma Schrack zusammentun.

Ein Vorschlag von mir: Wie wär's mit

einem kleinen handlichen AUS-Schalter bei allen Männern über 18 (der ließe sich dann vielleicht auch bei diversen Werbetexten betätigen).

JUNKI WERMANN, PATHOLOGIERAFFE



Eduard Z. Nowak: Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.

Was bisher geschah:

Mathias N. und eine unbestimmte Anzahl an GesinnungsgenossInnen haben in der Nacht vom 27. auf den 28. September 1989 die notwendigen Schlußfolgerungen aus der Kritik an dem Treiben eines sogenannten *Schweinekonzerns* gezogen. (Wir übernehmen an dieser Stelle den – vielleicht etwas irreführenden – Ausdruck *Schweinekonzern*, obgleich es sich hiebei weder um eine Bauern/Bäuerinnen/hofskette, noch um eine Großschlächtereier, und auch nicht um sonst irgendeine in der fleischverarbeitenden Branche tätige Firma handelt. Wir dürfen ferner anneh-

men, daß die antiimperialistische Kritik Mathias N.'s und jene seiner GenossInnen an dem Konzern nicht auf biologistischen Denkansätzen beruht. Wir suggerieren vielmehr, daß der Ausdruck *Schweinekonzern* lediglich dem Volkmund entliehen wurde, um die kritische Herangehensweise an die *schweinishen* Geschäftspraktiken des obig angesprochenen Konzerns zu unterstreichen).

Die Sorge ob der Folgen der nächtlichen Aktion haben Mathias N. den Schlaf geraubt...

Folge 2: Das Bekenntnis

Es ist Donnerstag, der 28. September 1989, 10.04 Uhr. Mathias N. sitzt nach einer ebenso arbeitsintensiven wie schlaflosen Nacht bei einem morgentlichen Häferl Kaffee. Augenblicklich ist er damit beschäftigt, sich darüber zu ärgern, daß er sich erst jetzt, vier Minuten nach Beginn der vollen Stunde, seines Vorhabens entsinnt, die Nachrichten im Radio anzuhören. Nun ist es zu spät. Die Chance ist vertan. Er wird vielleicht nie mehr erfahren, ob der ORF in den 10-Uhr-Nachrichten von seiner nächtlichen Aktion berichtet hatte.

Mathias N.'s Gedanken schweifen wieder zurück zur vergangenen Nacht. Hoffentlich haben er und seine FreundInnen keine auswertbaren Spuren hinterlassen. Und hoffentlich haben sie dergleichen auch nicht an den Tagen zuvor getan, als sie den ausserkorären Tatort mehrfach aufgesucht haben, um die Rahmenbedingungen für die Schmiedung des genauen Planes auszukundschaften.

Eine gewisse Schwachstelle in der Absicherung vor der Spurensicherung sind die BekennerInnenschreiben, welche derzeit den Postweg zu einigen Zeitungsredaktionen beschreiten. Dieses Risikos waren sich

Mathias N. und seine FreundInnen aber durchaus bewußt. Doch die Vermittlung ihrer Ziele, ihrer Intentionen, die Begründung des Anschlages, erschienen ihnen als überaus wichtige Bestandteile der Aktion. Vielleicht sogar als die wichtigsten. Weil was nützt die schönste Aktion, wenn nachher keineR weiß, ob sie »zufällig«, durch Betrunkene, oder gezielt erfolgt ist. Und falls gezielt, dann mit welchem Ziel?

Das was Mathias N. und seine GenossInnen letzte Nacht getan haben, war in ihren Augen – und nicht nur in ihren – eine revolutionäre, antiimperialistische Tat, die sich im Kontext mit den Befreiungsbewegungen in den Ländern an der Peripherie und solidarisch mit allen um Befreiung Kämpfenden in aller Welt versteht.

Es bleibt aber zu befürchten, daß diese Zusammenhänge dem Mann auf der

»Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.« ist ein ganz normaler Kriminalroman in mehreren Fortsetzungen. Wie es Romane so an sich haben, ist alles frei erfunden, jede Ähnlichkeit mit tatsächlichen Begebenheiten, lebenden, schon gelebt habenden oder noch zu lebenden Personen ist rein zufällig (wenngleich nicht unbedingt ganz und gar unerwünscht). Wie wohl alle Krimis, will auch dieser seine Leserinnen- und Leserschaft keineswegs zur Nachahmung verleiten oder gar zur Setzung illegaler Handlungen anhalten. Oh Nein! Ganz im Gegenteil! »Hoppala – Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N.« versteht sich schlichtweg als literarisches Meisterwerk schier beispielloser Präzision und Detailtreue. Und trotzdem: Wie auch bei manch anderem Werk der Weltliteratur ist es auch dieses Romans höchstes Ziel, dem p.t. Lesepublikum hilfreicher Ratgeber und wertvolle Stütze zu sein, bei der Bewältigung der oft gar kniffligen Probleme und Unbillen des Alltags in einem der imperialistischen Zentralmächte der kapitalistischen Welt.

Straße und der Frau ebendort, sowie den Leuten zu Hause an den Fernsehapparaten, verborgen bleiben, wenn es ihnen nicht anhand eines BekennerInnenbriefes

erklärt wird (daher werden solche BekennerInnenbriefe treffenderweise auch oft »Anschlagserklärungen« genannt).

Mathias N. und seine GenossInnen sendeten Kopien der Anschlagserklärungen zum Einen an potentiell befreundete, linke Medien. Also ans *TATblatt*, die *akin*, an *anna* und so. Darüberhinaus sendeten sie aber auch welche an bürgerliche Medien und Medieninstitutionen, von *Volksstimme* bis *Kronen-Zeitung* und an die *APA*. Die bürgerlichen Medien werden sich aber nur wenig um den Inhalt der Schreiben kümmern. Sie schreiben, was ihnen in den Kram paßt. Sie werden die Anschlagserklärungen nach kurzem Überfliegen an die zuständigen »Sicherheitsbehörden« weiterleiten.

Das Büro für Erkennungsdienst, Kriminaltechnik und Fahndung im Wiener Sicherheitsbüro erhält sodenn vorzüglichste Materialien zur Spurensicherung.

Doch auch wenn die bürgerlichen Medien keine Anschlagserklärungen zugesandt bekommen hätten, könnte sich Mathias N. jetzt nur in unwesentlich mehr Sicherheit wiegen, als er es ohnehin gerade tut, während er den letzten Schluck seines Kaffees schluckt. Ein Lackerl ist noch in der Kanne. Entschlossen gießt es Mathias N. in sein Häferl und gibt Milch nebst Zucker dazu: Hatte er bei seinem ersten Häferl heute morgen noch vergessen umzurühren, tut er dies jetzt sofort, noch ehe er zum ersten Schluck ansetzt.

Anschlagserklärungen, die an linke Zeitungen geschickt werden, sind auch dort keineswegs vor polizeilichem Zugriff sicher. Selbst wenn wir — fälschlicherweise — annehmen würden, daß sogar an amtsbekannte Briefkästen adressierte Post den Schutz des freien westlichen Postgeheimnisses genießen, so müssen wir uns vor Augen halten, daß ja noch ganz andere Sachen passieren können. So liegt die brennende Postsendung nach ordnungsgemäßer Zustellung in der Regel mal ein ganz schönes Weilchen im Büro der linken Zeitung herum, bis irgendwann »die Post bearbeitet«, also gelesen wird. Erst dann erkennt ein RedaktörIn die Bedeutung des Briefes, tippt ihn so rasch wie möglich in die Textverarbeitung ein und läßt ihn erst dann spurlos verschwinden.

Zeit genug für die Polizei, mal auf einen Sprung anzuklopfen und etwas nachzufragen und herumzuschauen. Während die schockierten RedaktörInnen die BeamtenInnen noch darüber aufklären, daß sie in Zeitungsredaktionen nichts zu suchen haben, hat irgendein Kieberger schon längst gefunden, was er, den Gesetzen trotzend, doch gesucht hat.

Viele linke Redaktionen vernichten solche Briefe auch gar nicht sofort, weil sie — oft fälschlicherweise — annehmen, daß die Briefe ohnehin so verfaßt sind, daß keinerlei Rückschlüsse auf die UrheberInnen

möglich sind.

Mathias N. und seine FreundInnen haben alle nur erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Blicken wir aber ein paar Tage zurück: Wir schreiben Montag, den 25. September 1989. Mathias N. wartet, in unauffällige Kleidung gehüllt, an einer Haltestelle der Straßenbahnlinie 8 auf einen Zug. Eine nahegelegene Uhr oberhalb eines Uhrengeschäftes zeigt 12.27 Uhr. Tatsächlich ist es aber bereits 13.12. Mathias opfert diesem Widerspruch keinerlei wertvolle Gedanken. Seine Hände sind tief in die Taschen seines Trench-coats vergraben. In der rechten hält er eine vorgefaltete 8-Tage-Umwelt-Streifenkarte. Heute möchte er nichts riskieren.

Die Straßenbahn nähert sich. Wie sie da so rund 100 Meter entfernt bei einer Kreuzung steht, käme wohl keineR je auf die Idee, daß ausgerechnet diese, ganz normal aussehende Garnitur (E1+C2) schon in wenigen Sekunden daran gehen wird, Mathias N. — und damit uns alle — auf dem harten und beschwerlichen Weg zur Revolution ein gutes Stück weiterzubringen.

Denn Mathias N. ist aufgebrochen, durch die halbe Stadt zu fahren, um in vielen verschiedenen mittelgroßen Papiergeschäften Wiens die zur Erstellung der Anschlagserklärung notwendigen Materialien zu beschaffen.

Mathias betritt nach Betätigung des Druckknopfes, was unweigerlich das Öffnen einer Doppeltür zur Folge hatte, den Zug. Zielstrebig geht er auf den nächstgelegenen Fahrscheinentwerter zu, in den er umgehendst die vorgefaltete 8-Tage-Umweltstreifenkarte bis zum ertönen des Klingelzeichens gemäß den Tarifbestimmungen des Verkehrsverbundes Ostregion einführt — leider verkehrtrüm, was den Verlust eines S 27,50 teuren Streifens zur Folge hat. Direkt neben dem Entwerter steht ein etwa neunzehnjähriger Präsenzdiener, Albert H. Er schaut Mathias beim Fahrscheinenzwickeln zu, so als wüßte er, daß er gerade Zeuge eines prärevolutionären Vorganges wird. In Wirklichkeit aber weiß er gar nichts, und läßt somit einer Handlung freien Lauf, vor der er sein Vaterland eigentlich zu schützen gelobt hat. Wenigstens die Tatsache, daß Mathias einen Streifen seiner Streifenkarte zuviel entwertet hat, entlockt ihm ein süffisantes Grinsen.

Mathias N. nimmt auf einem freien Platz Platz. Ein buntes Klebeetikett ermahnt ihn, selbigen jedoch bei Bedarf an ebenso stilisiert wie unidentifizierbar abgebildete Personen zu überlassen, die alle ein bißer komisch ausschauen.

Doch der halbe Zug ist leer, und der komisch aussehende Soldat will sich offenbar gar nicht niedersetzen. Folglich besteht auch kein Bedarf auf Überlassung nicht.

Mathias N. hat also Zeit und Gelegenheit, seine Gedanken wichtigeren Dingen zuzuwenden. Nämlich jenen Dingen, die zu besorgen er gerade unterwegs ist.

Da wären mal:

Schreibpapier.... In keiner Phase der Erstellung der Anschlagserklärung darf schon benutztes Papier verwendet werden. Es könnte Fingerabdrücke tragen. Er wird daher ein verschweißtes Packerl Schreibpapier kaufen. Und Kouverts... ebenfalls in einem verschweißten Packerl, natürlich. Und einen Klebestift zum Zukleben des Kouverts und zum Aufkleben der Briefmarke. Normalerweise macht man/frau das mit Speichel. Diesmal aber nicht, denn die Behörden könnten den Speichel analysieren und wertvolles Material zur Dingfestmachung Verdächtiger erhalten. Apropos Briefmarken: Die gilt es auch noch zu besorgen. Mathias darf aber keinesfalls vergessen, den Postbeamten oder die Postbeamtin zu bitten, doch so gut zu sein, die Marken in ein Sackerl zu geben. Sonst müßte er Handschuhe tragen, und das ist bei den Temperaturen auch nicht gerade unauffällig. Dann muß Mathias auch noch ein neues Typenrad für die Schreibmaschine besorgen, das nur für dieses eine Mal verwendet wird, und gleich nachher wieder spurlos — versteht sich — vernichtet wird. Und ein neues Farbband, ebenfalls für den einmaligen Gebrauch. Denn: auch Schreibmaschinenschrift ist ein schier unerschöpfliches Arsenal an Spuren, auf die sich die SpurensicherInnen mit Genuß stürzen werden.

Die Anschlagserklärung mit der Hand zu schreiben, wurde natürlich zu keinem Zeitpunkt, nicht einmal am Rande, erwogen. Handschriften zu analysieren, und ihre SchreiberInnen zu ermitteln, ist ein viel zu Leichtes für die Polizei. Ernsthaft erwogen wurde aber, den Text mittels Tusche und ÖNORM-Schriftschablonen zu verfassen. Wenn man/frau mit sowas gut umgehen kann, ist das eine durchaus nicht unkluge Variante.

Doch Mathias N. und seine FreundInnen haben sich zum Maschineschreiben entschlossen, und haben sich deshalb genau mit den Möglichkeiten der Spurensicherung vertraut gemacht, die die Polizei in einem solchen Fall hat. Mathias erinnert sich ganz genau an die hilfreichen Worte, die er in einer einschlägigen Broschüre gelesen hat:

»Als fahndungstechnisches Hilfsmittel dient der Polizei in erster Linie die Schreibmaschinen-Systembestimmung. Diese ermöglicht, aus allen allgemeinen Merkmalen einer Maschinenschrift (Schriftart, form und -größe, Wagenschritt, Zeilenabstand etc) Marke und Modell der verwendeten Schreibmaschine sowie im günstigsten Fall deren Baujahr zu bestimmen. Diese Angaben helfen vor allem den KriminalbeamtenInnen bei allfälligen Hausdurchsuchungen, wo sie sich auf ganz be-

stimmte Schreibmaschinenfabrikate konzentrieren können.

Neben diesen Systemmerkmalen weist jede Maschinschrift auch noch Sondermerkmale auf, die sowohl persönlicher als auch technischer Art sind. Als persönlich gelten diejenigen Merkmale, bei denen eine Einflußnahme des Schreibenden auf das Schriftbild möglich ist. Das betrifft beispielsweise die Anordnung des Textes, Rechtschreibung, Zeilenschaltung, Anschlagstärke, Schreibgewandtheit, Art der Behebung von Tippfehlern, etc. Um daraus Schlüsse zu ziehen, benötigen ExpertInnen aber eine Menge Vergleichsmaterialien.

Als technische Merkmale bezeichnet man/frau Typenbeschädigungen, Abnutzungserscheinungen und Stellungsfehler einzelner Buchstaben, Buchstabenabstand, Verschmutzung einzelner Typen, Einfärbungsmerkmale etc. Auf Grund solcher Merkmale ist es möglich, eine »Tatmaschine« eindeutig zu identifizieren.

Je länger eine Schreibmaschine im Gebrauch ist, umso mehr individuelle Merkmale sind bei ihr festzustellen. Der Nachweis von Schriftidentität ist aber auch schon bei neuen, noch nie gebrauchten Maschinen möglich, da sich auch mit modernsten Fertigungsmethoden winzige Unterschiede (zB beim Justieren) ergeben.

Irrig ist auch die Annahme, daß im Gegensatz zum Originalschriftstück auf Durchschlägen (Kohlepapier), Fotokopien oder Matrizen (die zum Drucken verwendet werden) die besonderen Merkmale einer Maschinschrift verschwinden. Das mag für bestimmte Spuren stimmen, trotzdem bleiben aber genügend Hinweise vorhanden, die die Identifizierung einer bestimmten »Tatmaschine« (immer vorausgesetzt, daß sich diese in den Händen der Polizei befindet, oder sie zumindest Vergleichsschriftstücke von früher hat) erlauben.« undsowweiterundsofort. Nur bei Typenrad- und Kugelkopfschreibmaschinen ist eine Identifizierung praktisch unmöglich, wenn nach Gebrauch das Typenrad bzw der Kugelkopf restlos verschwindet.

Wenn beim Schreiben auch noch ein paar Blätter Papier (ebenfalls solches aus dem Packerl fingerabdruckfreien Papiers) als Schreibunterlage verwendet werden — wie man/frau es ganz richtig im Maschinschreibkurs gelernt hat — wird obendrein verhindert, daß Spuren von der Walze auf das Blatt kommen, und — noch wichtiger — daß Spuren vom Text auf die Walze gedonnert werden. Überaus wichtig wäre es auch noch, daß das Farbband gleich nachher ebenso spurlos verschwindet, wie das Typenrad und alle Zetteln, die als Unterlage gedient haben. Auf Farbändern kann getippter Text mehr oder weniger problemlos rekonstruiert werden. Bei Carbon-Bändern ist es ein Kinderspiel, bei Textilbändern ist es je nach Abnutzung sehr schwierig bis fast unmöglich. Natürlich wird auch sämtliches Verpackungsmateri-

al vorbildlich entsorgt.

Ohne Frage müssen bei der ganzen Prozedur natürlich von allen Beteiligten tunlichst Handschuhe getragen werden. Und zwar solche, die keine Fusseln hinterlassen. Und die Zetteln dürfen auch niemals wo hingelegt werden, wo sie mit älteren, gut erhalten gebliebenen Fingerabdrücken in Berührung kommen könnten (etwa auf glatte Tischplatten, die irgendwann vorher, zum Beispiel beim Kochen mit ganz fetten Fingern berührt worden sind). Falls die Handschuhe aus Plastik oder Leder sind, täte man/frau auch gut daran, sie noch nie von außen angegriffen zu haben. Zur Erstellung von Schriftstücken eignen sich dünne Stoffhandschu-

he wahrscheinlich am Besten (wenn sie nicht fusseln). Denn Fingerabdrücke können sich nicht nur unmittelbar von Fingern, sondern auch mittelbar von glatten Flächen abdrücken.

All das schwirrt Mathias N. in seinem Kopf herum, während er gerade versehentlich an der Station vorbeifährt, wo er eigentlich hätte aussteigen wollen. So etwas kann passieren (Soll bloß nix ärgeres passieren).

Am Abend werden sich Mathias und alle anderen Beteiligten treffen um die Erklärung zu Papier zu bringen. Das TATblatt ist dann natürlich wieder mit dabei, und wird ganz bestimmt weiter berichten. In 14 Tagen.



Betrifft: TATblatt

Es geht aufwärts! (an und für sich) aber nicht gleich

Wie schon berichtet, haben wir ein neues, größeres Büro angemietet. Und ebendieses stellt derzeit einen Schwerpunkt in unserer Arbeit dar. Die Renovierungsarbeiten sind in vollstem Gang. Im Augenblick sind wir soweit, daß der Verputz repariert ist. In der kommenden Woche wollen wir damit fertig werden, die Wände auszuweissen, und die Woche darauf machen wir die Elektroinstallationen. Dann heißt's noch Öfen und Möbel aufzutreiben, um schließlich umziehen zu können. Dazwischen spielen wir uns noch mit dem Gedanken, eventuell Wasser einzuleiten. An der Umsetzung happert es aber noch.

Im Großen und Ganzen geht aber alles irgendwie voran. Natürlich keineswegs so gut, wie es sein sollte. Ein klein wenig Hilfe könnten wir ruhig noch verkraften. Und natürlich auch materielle Unterstützung.

Bis jetzt ist beispielsweise noch nicht klar, wie wir das Geld für Elektroinstallationsmaterial zusammenbekommen könnten. Schätzungs halber bräuchten wir in den nächsten Wochen so ca 7000.—. Zahlreiche Spenden, Abo-Verlängerungen usw sind also herzlichst willkommen. Aber auch Materialspenden wären leiwand. Wenn ihr was habt, was ihr hergeben könntet, meldet euch bitte bei uns.

Da aber gibt es nun ein kleines Problem:

Wegen der Umbauten sind wir derzeit sehr viel im neuen Büro, wo wir mangels Telefon auch nicht erreichbar sind. Wenn ihr uns anrufen wollt, versucht es bitte mehrmals, am

Besten nach Einbruch der Dunkelheit, wenn es zu Finster zum Hackeln wird. Und außerdem sind wir natürlich zu den TATblatt-Café- und Plenar-Zeiten regelmäßig erreichbar, im alten Büro am Margareten Gürtel.

Ein klein wenig, oder auch ein bißchen mehr, sind wir derzeit aber mit allem zusammen ein bißchen überfordert, wie die eine oder der andere von euch vielleicht in der letzten Zeit mitbekommen hat. So kann ich mich beispielsweise ganz genau erinnern, daß vor etwa drei Wochen ein Mann mittels Postkarte die Statuten der »Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt« bestellt hat. Ich weiß auch noch ziemlich ganz genau, wo ich die Postkarte zur späteren Bearbeitung hingelegt habe (nämlich dort wo sie hingehört, in das grüne Ladel am Schreibtisch). Als ich die Postkarte später (ein paar Tage vielleicht) beantworten wollte, war sie plötzlich weg. Da die betreffende Person mit ziemlicher Sicherheit die gewünschten Statuten nicht bekommen hat, selbiges oder ähnliches vielleicht auch anderen schon passiert ist, hier die Bitte: Wenn ihr irgendwie den Eindruck habt, daß wir irgendwas verschlampt haben, oder — wie es schließlich auch gar manches Mal passiert — etwas dem Postweg zum Opfer gefallen ist, so reklamiert bitte!

Wir machen auch Fehler, jetzt sogar besonders viele. Wenn du willst, daß es besser wird, tu bitte was dazu beitragen. Es gibt mehr als genug Möglichkeiten mitzuarbeiten.

Da eines unserer größten Probleme das Geld ist, möchten wir euch

diesmal (wieder einmal) ans Herz legen, doch zu erwägen, vielleicht beim TATblatt-Verkauf mitzumachen. HandverkäuferInnen bekommen pro verkauftem TATblatt S 5.—. Das ist sicherlich nicht irrsinnig viel, aber ein Abendessen laßt sich schon relativ schnell zusammenverdienen (beispielsweise). Alle die lieber Anzeigen fürs TATblatt keilen, können das natürlich auch gerne tun, Anzeigenpreislisten sind bei uns erhältlich...

Und alle die was zu sagen, berichten oder ähnliches haben, sind natürlich auch mehr als willkommen. Artikel bitte jederzeit an uns zu schicken.

Noch ein Hinweis an alle, die uns Geld überweisen wollen, egal ob Abozahlungen, Spenden oder sonst was: Den meisten TATblättern liegt diesmal kein Erlagschein bei, weil wir im Chaos vergessen haben, neue zu bestellen. Bitte benutzt daher die leeren Erlagscheine, die auf jedem Postamt aufliegen. Als Empfängerin ist die »Unabhängige Initiative Informationsvielfalt« einzutragen; bei der Kontonummer »P.S.K. 7547 212« (siehe auch Seite 22).

Nun denn:

Liebe und Kraft!

Einer vom TATblatt-Kollektiv

TATblatt

NACHRICHTEN AUS DEM WIDERSTAND

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten, die derzeit alle vierzehn Tage erscheint.

Das TATblatt versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen – um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten – werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:

TATblatt-Wien:

1050 Wien, Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/Keller
Telefon: (0222) 54 23 07
Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282

TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Café:

jeden Montag um 16Uhr
die ideale Möglichkeit in ungezwungenem Gespräch das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

TATblatt-Graz:

Treffen alle 14 Tage: Zeit und Ort bitte telefonisch erfragen.
Kontakt-Telefonnummern:
(0316) 96 23 63 (Elisabeth)
(0316) 83 57 79 (Christof)

TATblatt-Linz:

Treffen: jeden Mittwoch 20 Uhr
Andreas Hofer Stüberl
Andreas Hoferplatz 3
4020 Linz

P.b.b. Verlagspostamt 1050 Erscheinungsort Wien

An:

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, HerstellerIn und VerlegerIn:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1050 Wien; Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller

Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282
Telefon: (0222) 54 23 07
Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212
DVR Nr: 0558371
Druck: Eigendruck

Das TATblatt im Abo

Ein TATblatt-Abonnement kostet innerhalb Österreichs S 96. – für zehn Ausgaben, oder S 190. – für zwanzig Ausgaben. Ein Auslandsabo kostet S 150. – (10 Ausgaben) bzw S 300. – (20 Ausgaben).

Die Abos gibt's nur gegen Vorauszahlung! Also einfach Erlagschein ausfüllen und einzahlen. Sobald das Geld bei uns ist, beginnt das Abo zu laufen.

Außerdem gibt es auch die Möglichkeit eines Förderabos: Du bestimmst selbst, wieviel du zahlen möchtest (mindestens na-

türlich S 97. – für zehn respektive S 191. – für zwanzig Ausgaben, im Ausland mindestens S 151. – bzw S 301. – ... eh klar, oder?).

Am Besten die Erlagscheinvordrucke, wie sie jedem TATblatt beiliegen, wenn sie nicht herausgefallen sind, verwenden. Ansonsten bitte wie folgt ausfüllen:

Konto: P.S.K. 7547 212; EmpfängerIn: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; Verwendungszweck: Abo (Förderabo) für ...Nummern; usw...

Mitgliedschaft

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist HerausgeberIn des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1. – pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. – Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfa-

chen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugesandt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

Einzelverkaufsstellen

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kollingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

diverse Läden:

- EZA (5, Obere Amtshausgasse 38)
- VKA (6, Stiegegasse 20)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozsigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Beisln:

- TU-Club (4, Paniglgasse 1)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstrasse 99)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- KOMM 24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H./Stadtteilzentrum Ottakring (16, Bachgasse 21)

außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller; geöffnet nur Di & Do 17-21 Uhr, Mi 15-19 Uhr)

Graz:

- Dradiwaberl (Tummelplatz 6; Antiquariat Zinzendorfergasse)
- ÖH-GEWI (Schubertstraße 2-4; Zi. 5)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

Schwertberg:

- Kulturverein Kanal (Schwertberg, Josef-tal 21)

(Stand September 1989)

Wir suchen laufend weitere Verkaufsstellen! Die Verkaufsstellen werden laufend mehr!

Das nächste TATblatt erscheint am Weltspartag
(wenn ihr schon dort seid: P.S.K. 7547 212)

Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 24. Oktober